

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechs-spaltige Beilage oder deren Raum 60 Pfg., Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 135.

Freitag, den 13. Juni 1919.

26. Jahrg.

Die Aufgaben der Partei in der neuen Republik.

Zu Beginn der Donnerstag-Sitzung des Parteitag lag ein schleuniger Antrag Davidsohn vor, der Scheidemann um Aufstufung ersucht über die militärische Lage in Ostland und Nordland, insbesondere über die Rücknahme der eisernen Division, die an neuen Kämpfen beteiligt sein soll. Scheidemann lehnt es ab, ohne Vorbereitung und nähere Nachrichten gewissermaßen in letzter Stunde auf diese Frage zu antworten, und der Parteitag gab ihm nach langer Geschäftsordnungsausprache darin recht. Hierauf hielt

Scheidemann

sein Referat über die Aufgaben der Partei in der neuen Republik. Er widersprach zunächst der Auffassung, als ob alles Unglück der Gegenwart nur daher komme, daß die gegenwärtige Regierung nicht zurücktreten wolle. Jeder Minister würde mit einem „Uff“ der Erleichterung seine Sieben-Sachen paden. Wir sehnen geradezu den Tag herbei, an dem wir gehen dürfen, ohne unsere Pflicht zu verletzen. (Zustimmung bei den Ministern.) Falsch ist auch die linksradikale Vorstellung, daß wir Sozialdemokraten uns mit Gewalt zur Regierung gebrängt hätten. Solche Eitelkeit sind wir nie gewesen. Man hat uns vielmehr herangezogen, weil niemand anders da war, das Steuer zu führen. Wir haben die Macht auch nicht an uns gerissen, um sie zu besitzen, wie der Räuber die Beute an sich reißt. Schon am 9. November haben wir die Nationalversammlung angekündigt, der wir uns unterwerfen wollten. Es ist also falsch, wenn jeder Phantast bei einem Putzversuch erklärt, er tue dasselbe, was Ebert und ich am 9. November getan hätten. Wir haben die Macht an uns genommen, um sie der Demokratie zu geben. Diese Phantasten aber wollen der Demokratie die Macht wieder entreißen. Die ersten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, ist die Verwirklichung und der Ausbau der Demokratie. Wir wollen den Sozialismus verwirklichen nur auf dem Wege über die Demokratie. Wer das nicht will, der ist kein Sozialdemokrat. Die Kommunisten sind offen genug, auf die Bezeichnung Sozialdemokrat zu verzichten. Mögen die ähnlich denkenden Unabhängigen den gleichen Mut haben. Kein Sozialdemokrat ist, wer an die Stelle der allgemeinen Volksherrschaft eine besondere Räteherrschaft setzen will. Mögen die Räte-Anhänger uns zunächst einmal sagen, was sie eigentlich wollen. Bis jetzt wollen sie weiter nichts als russische Vorbilder nachahmen. Wir bitten um ein klares Programm, unter allen Umständen aber sehnen wir es ab, dem Volke ein System mit Gewalt aufzuzwingen. Jede Regierung muß der Gewalt mit Gewalt entgegenreten. Damit komme ich auf das heikle Thema der bewaffneten Macht. Wir sind bestrebt, jeden reaktionären Geist auszurotten, und sind dankbar, wenn Sie uns in diesem Kampf den Rücken steifen. Wir verteidigen die feuererprobte Demokratie nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts. Mancherlei spricht dafür, daß die alten Mächte die Gewalt wieder an sich reißen wollen. Auch wenn ich die Gefahr nicht übertreiben will, rufe ich Euch doch zu: Seid auf der Hut! Wenn die Reaktion es wagen sollte, das gleiche Recht des Volksstaates anzutasten, dann wird sie abgefertigt werden, daß sie für immer das Wiedererscheinen vergißt. Wir wollen nicht zurück, sondern vorwärts in die Freiheit. Darum sehnen wir den Tag herbei, an dem wir keinen Zwang mehr brauchen. Ich sage mit voller Ueberzeugung: Nieder mit dem Belagerungs-zustand! Solange jedoch Spartakus nicht darauf verzichtet, seine Gewaltherrschaft auf dem Belagerungs-zustand zu gründen, wird der Belagerungszustand auch von der

anderen Seite notwendig sein. Unserm Ziel muß jeder seine Person zum Opfer zu bringen bereit sein und so spreche ich für mich diese Bereitwilligkeit aus. Aber nie sind wir dafür zu haben, daß Kompromisse über Grundsätze abgeschlossen würden, über die Kompromisse unmöglich sind. Liegen die Dinge politisch völlig klar, so sind sie auf wirtschaftlichem Gebiet vermorren. Hier liegt vollkommenes Neuland. Dazu kommt, daß unsere Feinde uns mit den Friedensbedingungen niederzwingen wollen, unser Volk zu einem Lohnarbeitervolk in fremden Kapitalsdiensten. Der Kampf geht jetzt nicht mehr gegen den deutschen Kaiserismus, sondern gegen den deutschen Sozialismus. Zu diesen äußerlichen Schwierigkeiten kommt die innere Schwierigkeit, daß wir nicht die Mehrheit haben, so daß alle sozialistischen Maßnahmen mindestens die Zustimmung eines Teiles der bürgerlichen Parteien finden müssen. Alle bisherigen Wirtschaftsjorgen sind im Wege der Entwicklung entstanden. Es gibt keine staatsamtliche Urkunde für die Geburtsstunde des Kapitals. Es wird auch keine Urkunde für die Sterbestunde geben. Die verschiedenen Wirtschaftsordnungen folgen einander nicht in genauer zeitlicher Begrenzung, sondern sie überdecken sich gegenseitig. So wird es auch diesmal kommen.

Die Sozialdemokratie muß die praktische Interessenvertretung aller körperlich und geistig Arbeitenden sein, sie muß eine sozialistische Partei sein, darf aber den Sozialismus nicht von außen in die Wirtschaftsordnung hineinzupressen versuchen, sondern muß ihn von innen heraus mit empirischer Methode entwickeln. Der Sozialismus ist nicht Zweck an sich, sondern ein Mittel, der Menschheit zu helfen. Diese Aufgabe können wir aber nur erfüllen, wenn in unserer äußeren Politik die Voraussetzung dafür gegeben ist. Die ganze Welt schreit nach einem gerechten Frieden, der in den Beschlüssen des Völkerrats nicht zu finden ist, aber sie müssen sich gelagert sein lassen, so gewiß wie ein Stein zur Erde fällt durch die Macht der Schwerkraft, so gewiß wird sich das Lebensrecht des deutschen Volkes durchsetzen durch die Macht des Selbsthaltungsetztes. Heber alle Wirren der Gegenwart sehe ich zuversichtlich in die Zukunft. Unser Volk wird nicht untergehen. Es wird nicht als der Lohnknecht fremder Kapitalisten, sondern gleichberechtigt der Welt dienen. Das wollen wir erreichen, und daran kann uns keine Macht der Welt hindern. Wir haben in Versailles Verständigung und Versöhnung herbeizuführen versucht, dafür wollen wir jedes Opfer bringen. Macht vergeht, Recht besteht, so muß unser Grundgesetz sein. Wir haben unser Friedensangebot gemacht, nicht weil wir uns schwach vor den Starren hüten müssen, sondern weil wir nicht alle Forderungen der Gegner für unberechtigt halten. Auch wenn die Gegner keine Soldaten mehr auf den Weimen hätten, würden wir Frankreich wieder aufbauen helfen. Wir sind bereit, einen heiligen Vertrag zu schließen, der als der erste aufrichtige Friedensvertrag der Geschichte den letzten Krieg der Welt abschließen soll. Die Waffen nieder! kein Völkerring, kein Bürgerkrieg, gleiches Recht den Völkern, gleiches Recht den Völkern; alle miteinander, füreinander, so wird aus dem Chaos eine neue Welt. Dafür haben wir Sozialdemokraten auch im Frieden gekämpft. Die Niederlage, mit der dieser Krieg endete, kann endgültig sein nur für die alten Gewalten, die kein Gott wieder zum Leben erweckt. Sie kann nicht endgültig sein für die Gesichter eines Volkes, dessen Kräfte zur Erneuerung der ganzen Menschheit notwendig sind. Wir sind geschlagen, jawohl! nun aber aufwärts und vorwärts zum Sieg! (Stürm. Beifall.)

gebildetes Gericht lehnt der Parteitag als ungerechte Kränkung des deutschen Volkes ab. Der Parteitag protestiert gegen die ohne Befragung der Bevölkerung geplante Loslösung deutscher Gebiete im Osten und Westen, gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts im Norden und legt ernste Verwahrung gegen die Verhinderung des Anschlusses Deutsch-Oesterreich schiedlich der Sudetenländer und Südtirols an die Deutsche Republik ein. Der Parteitag protestiert endlich gegen jede Errichtung einer Fremdherrschaft in Deutschland durch Einsetzung von militärischen Feind- oder sonstigen Behörden unter entscheidender Mitwirkung fremder Regierungen.

Gegen den Friedensvertrag

wendet sich der englische Arbeiterführer Snowden. Er sagte, wenn die Alliierten weniger darauf dringen würden, Rache an Deutschland zu nehmen um seinen wirtschaftlichen Untergang herbeizuführen, müßten die deutschen Gegenvorschläge als Grundlage einer gerechten Regelung angenommen werden. Zu dem Deutsch-Oesterreich vorgelegten Friedensvertrag erklärte Snowden: „Ebenso wie die der Deutschen Republik vorgelegten Bedingungen, so sind auf diese Friedensbedingungen nichts als eine reine Skulptur.“

Der „Labour Leader“ kommt in einem Artikel über die Verpflichtungen, die sich aus der Arbeit der Friedenskonferenz für die Arbeiterpartei ergeben, zu dem Schluß: Jetzt sei die Zeit für die Arbeiterpartei gekommen, um deutlich und bestimmt zu erklären, daß die erste Tat die sein werde, den Verrat, der von den Alliierten an der Demokratie verübt worden sei, ungeschehen zu machen.

Dem Pariser diplomatischen Situationsbericht zufolge wird die Antwort heute oder am Sonnabend überreicht. Deutschland wird eine Frist von sechs bis acht Tagen erhalten, um seinen endgültigen Entschluß bekanntzugeben. In dieser Frist sind die für die Kündigung des Waffenstillstandes nötigen drei Tage enthalten. Wenn die deutsche Regierung die Unterzeichnung des Vertrages verweigert, würden die Truppen sechs gleich am Tag nach Ablauf der Frist den Vormarsch beginnen.

Wie „Het Volk“ meldet, hat sich die sozialdemokratische Fraktion des niederländischen Parlamentes der vernichtenden Kritik, welche die italienische sozialdemokratische parlamentarische Fraktion an den Friedensbedingungen, die die siegreichen Mächte den Völkern Mitteleuropas aufzuerlegen versuchen, geübt hat, angeschlossen und sich bereit erklärt, mit den sozialistischen parlamentarischen Fraktionen aller Länder daran mitzuarbeiten, daß diese Bedingungen nicht Wirklichkeit werden.

Der New Yorker Korrespondent der „Daily News“ meldet seinem Blatt über den Eindruck, den die Veröffentlichung des vollen Wortlautes des Friedensvertrages gemacht hat. Man sehe jetzt ein, daß die Lösung der Saarfrage eine nackte Annexion genannt werden könne, die sich in keiner Hinsicht von der deutschen Annexion Elsaß-Lothringens 1870 unterscheide.

Internationale Massenstreikpropaganda.

Der französische Arbeiterführer Thomas reist nach Amerika. Der New York Globe schreibt dazu, es bestehe der Plan in Amerika, die Eisenbahnarbeiter, die Hafenarbeiter und die Bergarbeiter für einen Generalstreik zu gewinnen. Diese Kategorie umfaßt insgesamt 3 Millionen Arbeiter, durch deren Streik die Truppenbewegung im ganzen Lande stillgelegt würde. Smillie, Präsident der englischen Minenarbeiter-Föderation, wird demnächst in New York erwartet, um mit den Bergarbeitern zu verhandeln. Hodges, Sekretär des britischen Minenarbeiterverbandes, wird sich gleichfalls nach New York begeben, ebenso der Sekretär des britischen Transportarbeiterverbandes, Pilsan. Letzterer wird sich mit den amerikanischen Hafen- und Transportarbeitern in den Küstendistrikten in Verbindung setzen. Wahrscheinlich werden die vier Verbände der Eisenbahnangestellten mit dem Eintreten eines Generalstreiks einverstanden sein.

Das große Truppenaufgebot, das Clemenceau für alle Fälle gegen die Streikenden bereit hält, hat den Direktoren der großen Metallwarenfabriken den Rücken gestärkt. In einer außerordentlichen Generalversammlung haben sie im Vertrauen auf den ihnen von der Regierung zugesagten militärischen Schutz beschlossen, den Arbeitern den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. — Die „Humanité“ weist darauf hin, daß der Bruch der Verhandlungen durch das provokatorische Vorgehen der Regierung verurteilt sei. Der „Temps“ ist über die Lage bestürzt, weil er die Wiederaufrichtung der internationalen Föderation, die auf die Enttätigung einer Druckausübung wolle.

Der Verband der Bergleute beschloß, am 16. Juni in ganz Frankreich mit dem Ausbruch zu beginnen, weil die französische Kammer die Vorlage über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken mit Änderungen angenommen hatte, wonach die Bergleute nichts wissen wollten. Die Bergleute verlangen, daß die achtstündige Arbeitszeit von der Einfachheit des ersten Bergmannes der ganzen Schicht gerechnet werde, wie es die Kammer in der vorgestrigen Lesung angenommen hat. Der Verband der Seefleute beschloß gleichfalls am 16. Juni den Generalstreik, falls keine Forderungen bis dahin nicht gänzlich bewilligt werden.

Parteitag und Friedensvertrag.

Unser leidiger Papiermangel gestattet es leider nicht, die Parteitagsberichte in ihrem ganzen großen und wichtigen Umfang sofort nach Eingang abzurufen. Wir sind deshalb gezwungen, einige wichtige Punkte vorläufig aus den Berichten herauszugreifen. Auch das Referat Scheidemanns ist heute nur im telephonischen Auszug wiedergegeben. Ueber die Friedensfrage wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„Der Parteitag spricht seine Entschlossenheit über die Zustimmung der Entente aus, dem deutschen Volke einen Gewaltfrieden aufzuzwingen, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes unterbindet und ein politisches Dasein Deutschlands unmöglich macht. Diese Friedensbedingungen erklärt der Parteitag für unvereinbar mit den Grundlagen der Wilsonschen Friedensbedingungen. Sie sind ebenso unvereinbar mit den Richtlinien der internationalen Beschlüsse der Konferenzen in Bern und Amsterdam. Insbesondere stellt er sich rückhaltlos auf dem Boden der Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkonferenz, die im Februar in Bern tagte. Er begrüßt diese Tagung und den Geist, der sie beehrte, als ein hochehrwürdiges Zeichen der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen internationalen Beziehungen der Parteien des sozialistischen Proletariats und der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen der sozialistischen Parteien für die großen Interessen des Völkerr Friedens und des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. In bezug auf die allgemeinen Ursachen des Weltkrieges haben die sozialistischen Männer der sogenannten Entente schon 1915 folgende Erklärung vereinbart, der sich der Parteitag gern anschließt: „Die Konferenzen

bedenkt nicht daran, die allgemeinen tiefen Ursachen des europäischen Konfliktes zu verkennen, der das ungeheuerliche Produkt der Gegenkräfte ist, welche die kapitalistische Gesellschaft vereinen, sowie der aggressiven Politik, die der internationale Sozialismus nie unterlassen hat, zu bekämpfen und an der alle Regierungen ihr Teil der Verantwortlichkeit haben. Aber der Einfall der deutschen Armeen in Belgien und Frankreich bedroht die Existenz der Nationen und untergräbt den Glauben an Verträge. In bezug auf die Feststellung der persönlichen Verantwortlichkeiten für den Ausbruch des Krieges und die Art der Kriegführung fordert der Parteitag der S. P. D. von der Regierung rücksichtsloses Vorgehen. Der Parteitag drückt die bestimmte Erwartung aus, daß Deutschlands Erklärung, die Bedingungen des Bundes zu unterzeichnen, für vollwertig angenommen und die Deutsche Republik gleichzeitig mit den übrigen Nationen als vollberechtigtes Mitglied in den Bund aufgenommen und bei der Feststellung der Grenzen das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner gewahrt wird. Die deutsche Sozialdemokratie ruft die Internationale zum Protest gegen den unerhörten Gewaltfrieden in der modernen Geschichte auf.“

Angenommen wurde ferner folgender Zusatzantrag Kahrenstein und Gen.:

„Der Parteitag wiederholt den von der Reichsregierung gemachten Vorschlag zur Einsetzung eines unparteiischen neutralen Gerichts über Ursache, Ausbruch und Führung des Weltkrieges, dem Gemeinwohl vorzuziehen und alle Angeeschuldigten ohne Unterschied der Nationen vorzuführen wären. Die Auslieferung deutscher Reichsangehöriger an ein einseitig von den Alliierten

Der Verwaltungsausschuss der Confederation du Travail wendet sich in einem Aufruf an die Öffentlichkeit, um ihr gegenüber die Arbeiterfrage vor Berächtigungen zu verteidigen. Der Aufruf erklärt, daß die Lebenssteuerung auf die Kriegsmassnahmen, welche die Handelsfreiheit beschränken, und auf den Schleichhandel zurückzuführen sei und daß die Regierung unbedingt sofort wirksame Abhilfe schaffen müsse, sonst werde das Land in den Abgrund und zu Gewalttätigkeiten getrieben. Ramon Macdonald, der aus Italien und der Schweiz zurückgekehrt ist, hatte eine Unterredung mit dem Vertreter des sozialistischen „Daily Herald“, in der er unter anderem sagte, es sei unmöglich, die bitteren Gefühle zu schildern, die die Sozialisten beider Länder den Alliierten gegenüber haben. Die italienische sozialistische Partei sei außerordentlich mächtig. Ohne allen Zweifel bestehe die Möglichkeit einer Revolution in Italien. Die Bevölkerung beginne, den Bankrott des Landes zu fühlen, der Wert des Geldes sei zurückgegangen und die Unzufriedenheit über die Löhne sei allgemein. Zwischen den Sozialisten und Gewerkschaftlern herrsche vollständiges Einverständnis. Beide Parteien hätten eine Entschließung für einen Allgemeinstand angenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Unabhängigen im Eden-Hotel.

Wie die „B. Z.“ erfährt, haben die Verhandlungen zwischen den Unabhängigen und den Freiwilligen Truppen noch einen weit größeren Umfang gehabt, als aus den gestrigen Mitteilungen Noskes hervorgeht. Ihr Liebeswerben hat sich nicht nur auf die Garde-Kavallerie-Schützen-Division beschränkt, sondern auf die gesamte Reichswehr erstreckt. Die Beauftragten der Unabhängigen haben den Führern der Freiwilligen Truppen erklärt, sie seien überzeugt, daß die Regierung Scheidemann sich nicht mehr lange halten könne und daß sie, die Unabhängigen, an Stelle der Mehrheitssozialisten die Regierung übernehmen würden. Eine Regierung der Unabhängigen aber müßte genau so wie jede andere sich auf militärische Macht stützen. Dafür würden die Unabhängigen die Organisation und die Rechte der Freiwilligentruppen unangetastet lassen. Folgende Frage wurde von den Unabhängigen formuliert:

„Sind die Freiwilligen Truppen bereit, in dem Falle, daß die Unabhängigen die gegenwärtige Regierung stürzen und selbst zur Macht gelangen, sich neutral zu verhalten und dann sich einer neuen, aus Unabhängigen gebildeten Regierung zur Verfügung zu stellen?“ Die „Freiheit“ äußerte sich bisher zu den Enthüllungen Noskes mit keinem Wort. Sie ist im ersten Schrecken völlig verblüfft. Mit der Zeit wird ihr schon etwas einfallen!

Gesetzentwurf über Kommunalisierung.

Im Reichsministerium des Innern ist der Entwurf eines Reichsrahmengesetzes für die Kommunalisierung fertiggestellt und einer Anzahl von Organisationen zur Stellungnahme überhandt worden. In dem Gesetzentwurf wird den Gemeinden das Recht eingeräumt, im Interesse des öffentlichen Wohles und beim Vorhandensein eines dringenden Bedürfnisses Unternehmungen, die in der Hauptsache lokalen Zwecken dienen, in die Gemeinwirtschaft zu überführen. Es werden u. a. folgende Wirtschaftszweige als für die Ueberführung geeignet bezeichnet: Straßenbahn, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, das Anschlagewesen, das Bestattungsweesen, das Abfuhrwesen, Theater, Lichspiele und Schaustellungen. Der Entwurf macht die Ueberführung in die Gemeinwirtschaft in den angeführten Fällen von der Genehmigung der Landeszentralbehörden abhängig. Den Gemeinden wird das Recht eingeräumt, Zwangsgenossenschaften zu bilden oder die Unternehmungen unter öffentliche Aufsicht zu stellen. Den Inhabern der öffentlichen Unternehmungen sollen bei der Ueberführung Entschädigungen gezahlt werden. Die Entschädigungen sollen unter Berücksichtigung der Einträglichkeit und der Tätigkeit des Unternehmers festgesetzt werden.

Es lebt die radikale Phrasel!

In der unabhängigen „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen, in der bekanntlich fortwährend Redaktionskonflikte herrschen, ist wieder mal ein vollständiger Spinnwechsel eingetreten. Ueber radikale Schreier, die früher kein Mensch in Solingen kannte, brachten es fertig, die Macht in der Bergkommunisten an sich zu reißen und die Redakteure zu immer radikaleren Phrasendrusch anzuspornen. Da sich die Redakteure, unter ihnen Dr. Erdmann, vor einer solchen Zumutung ekelten, haben sie ihre Stellung gekündigt und veröffentlichten folgende Erklärung:

„Wer sich unter diesen Umständen an einen Redaktionsposten wagt, der erkennt, daß wir auf einem Pulverfaß sitzen. Eine Redaktion gilt ja vielfach als vogelfrei, ebenso auch darin Leute sitzen, die schon zu einer Zeit der Partei angehört und ihren Namen gefunden haben, als andere nicht nach — aus welchen Gründen, sei dahingestellt — sich von der allgemeinen Sonne beiseite setzen. Etwas Feindschaft ist also immer möglich, nicht allein bei uns, sondern auch bei solchen Leuten, die mit radikalen Phrasen die Welt aus den Angeln heben wollen. Die politische Haltung der „Arbeiterstimme“ kann also eigentlich gar nicht die Ursache dieser Unzufriedenheit bilden, es sei denn, daß gewisse Leute mit voller Segeln in einen Strudel rennen wollen. Des allerdings ist gesagt: Die jetzige Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ lehnt es entschieden ab, den Dreißigjährigen zu pflegen. ... Selbstverständlich werden wir gehen, und zwar sobald die Aufhebung der Redaktion sicher gestellt ist. Soffentlich wird die Wahl getroffen, daß nicht alle paar Monate die Mitglieder der Redaktion gewissen angelegten Heißspornen, die früher niemand gekannt hat, zum Opfer fallen.“

Die Kesselreiber.

Die Deutschnationalen haben seit jeher verstanden, ihre zahlenmäßige Schwäche durch großen Rabat zu verkleinern. Sie, die die Kriegssache so toll wie möglich betreiben und am Unionswahnsinnigsten für erklären, setzen jetzt, wie wir dieser Tage berichten, alle Hebel in Bewegung, um die Regierung zu kürzen. Sie hoffen bei einem allgemeinen Kriegerkongress die Macht an sich reißen zu können. Dazu ist ihnen, die das jammerliche Elend verheißeln, selbst eine neue Kriegssache angebracht. Aus dem Reiche der Unterwelt ist die „Classe“ die

Retzung. Offen gesteht es die „Deutsche Zeitung“ zu. Sie schreibt:

Die Regierung will unterzeichnen. Was bedeutet die (deutschnationale) Fraktion dann zu tun, wenn deutsche Gebiete losgelöst werden und die Regierung dazu ihre Unterschrift bittet? Soll es da bei dem Einpruch bleiben? Wir sind der Ueberzeugung, daß auf diesen Einpruch die Tat folgen muß. Eine Regierung, die das unterschreibt, darf von der nationalen Opposition nicht mehr anerkannt werden. Sie ist von diesem Tage an der schlimmste Feind aller national Gesinnten. Diese Nichtanerkennung darf nicht in Worten bestehen, sondern die deutschnationale Fraktion und, wir hoffen, auch die Deutsche Volkspartei haben alle Mittel und Wege zu versuchen, den Selbstmord des Reiches zu verhindern. Einen solchen Weg aber weist uns der Osten. Aus dem deutschen Osten ist dem Reiche die Einheit gekommen. Aus dem deutschen Osten muß dem Reiche die Wiedergeburt kommen. Wir sind der Ueberzeugung, daß der deutsche Osten sich nicht unterwerfen wird und es darauf ankommen lassen wird, ob die deutsche Reichsregierung ihn dazu zwingen will. Der deutsche Osten beharrt der politischen Führung. Dorthin gehört die nationale Opposition, dorthin gehören die führenden Männer des deutschen Volkes, soweit sie national gesinnt sind. Es wird kein Bürgerkrieg entstehen, denn die Regierung wird keinen deutschen Mann finden, der seine Waffen gegen die deutschen Brüder im Osten richtet. Aber der deutsche Osten wird sich nicht darauf beschränken dürfen, die Polengefahr zu beseitigen, sondern er muß der Reichsregierung im Falle der Unterzeichnung das Handwerk legen.

Das Handwerk muß gewissen Leuten gewiß gelegt werden, und zwar den Deutschnationalen. Sollten sie es auf einen Versuch ankommen lassen, ihre Suppe zu kochen, dann könnten sie etwas erleben, wobei sie endgültig ausgespielt haben dürften.

Der Korruptionsfonds der Kriegervereine.

Der Präsident des Kriegervereine, Generaloberst von Heeringen, wendet gegen die auch von uns angeführten Enthüllungen des „Vorwärts“ eine Taktik an, die sich ja in seinem Feldherrndasein gut bewährt haben mag, die aber im Kampf der Meinungen wenig Erfolg verspricht. In der Spitze der Kriegervereine-Korrespondenz vom 7. Juni prangt folgender beweglicher Silbersatz:

Wir rufen die deutsche Presse auf, den Reichs-Krieger-Dank gegen die ungeheuerlichen Angriffe des „Vorwärts“ zu schützen, die rein sozialdemokratischen Propaganda-Abhichten entkriechen sind und eine schwere Schädigung der Kriegsbekämpften bedeuten, die nicht unter die allgemeine Kriegsbekämpften-Fürsorge fallen, die aber als Kriegsteilnehmer in schwerere Erschlammungen gedrängt worden sind.

Der Vorstand des Reichs-Krieger-Danks, gez.: von Heeringen, Generaloberst, Präsident. Abgesehen von aller Lächerlichkeit, bedeutet dieser Aufruf eine nicht zu überbietende Verdröhung der Tatsachen. Wir haben gerade die Kriegsbekämpften vor den Raubplänen der Kriegervereine geschützt, die drauf und dran waren, erhebliche für die Kriegsbekämpften gezeichnete Summen der Volkspende (früher Lubendorffspende) in ihre Taschen, bzw. in die Taschen ihrer Filiale, des Reichs-Krieger-Danks, überzuleiten. Wenn wir vor diesem Gebilde gewarnt haben, so mit vollem Recht, denn es stellt keine neutrale Unterstützungsorganisation dar, sondern will für ein paar Unmosen-groschen die Kriegsteilnehmer unter das Joch der Kriegervereine bringen.

Es hat irgendwo geklärt.

Die „Tägliche Rundschau“, „enthüllt“ in ihrer Pfingstnummer, daß Berlin zwar keinen kommunalen Arbeitererrat, wohl aber viele sozialdemokratische Volksbeauftragte unter Führung des Stadtverordneten Alexander Frölich habe, deren jeder mehr Gehalt beziehe als ein Unterstaatssekretär. Das deutschnationale Phantastblatt hat etwas läuten hören, ahnt aber nicht einmal, wo die Glocken hängen. Berlin hat in der Tat vier sozialdemokratische und unabhängige Volksbeauftragte (Brunn, Seimann, Rosenfeld und Wegl), die seit der Revolution gänzlich unentgeltlich und sehr nützlich gearbeitet haben. Mit den einstmals hohen Tagelöhnen der Mitglieder des Berliner Volksrates haben die Berliner Volksbeauftragten nichts zu tun. Auch ihre Stellvertreter (Frölich und Weinberg) haben niemals einen Pfennig Gehalt bezogen. Die Deutschnationalen werden sich schon eine bessere Erfindung aussuchen müssen, um gegen die Sozialdemokratie zu hetzen.

Berichärzte Lage im Osten.

Eine Reihe höchst beunruhigender Meldungen über Verärgerung der Lage an der deutsch-polnischen Demarkationslinie veranlaßten Erzberger, an General Dupont ein Schreiben zu richten, in das auf die Gefahr hingewiesen und um Abheilung erlucht wird.

Der sozialdemokratische Verein Graudenz unterbreitet der deutschen Reichsregierung einen Vorschlag, in welchem er erklärt, daß die Graudenz Arbeiterkassette eine chauvinistische Politik unter keinen Umständen mitmacht. Sie fordert deshalb von der deutschen Reichsregierung, daß dem militärischen Oberbefehlshaber eine sozialistische Kontroll-Instanz beigegeben wird, falls es zu neuen Verwicklungen im Osten des Reiches kommen sollte. Des Weiteren wird die Abschaffung der veralteten Kriegsgelege und Einsetzung von Gerichten mit sozialistischen Beisitzern gefordert. Eigenartig berührt die ebenfalls in der Entschließung enthaltene Forderung, wonach Grenzschutztruppen das Recht zugestanden werden soll, von ihrem Verträge zurückzutreten, wenn neue Kämpfe entbrennen sollten.

Die große Eisenbahnbrücke über die Malapane der Straße Oppeln—Breslau wurde in die Luft gesprengt. Der nachfolgende Güterzug entgleiste mit vierzehn Wagen. Die Lokomotive fürzte die Böschung hinunter. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die Häuser von Czarnowanz und Umgegend erlitten Beschädigungen.

In der Nacht zum Mittwoch wurde auf der Straße Oberberg—Kandzja bei Markomisch die zwanzig Meter lange Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt, kurz nachdem der Ratowitzer Personenzug die Brücke passiert hatte. Der nachfolgende D-Zug konnte aufgehalten werden. Die Eisenbahn wurde den Polen zugegeben.

Beschuldigungen gegen rheinische Kapitalisten.

Der Berliner Vertreter des Daily Herald hatte eine Unterredung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Hirsch, in der dieser sich über die sogenannten rheinische Republik äußerte. Er habe Beweise dafür, daß von deutschen Kapitalisten zehn Millionen Mark für die Propaganda zugunsten des französischen Protektorats bezahlt seien, die von der französischen Militärbehörde amtlich unterschützt werde. Gewisse Leute in Deutschland wünschten der ängstlichen Behauptung zu entgegen, die die sozialistische deutsche Republik allen Kapitalisten auferlegen werde und sie wollten ihren Besitz nach der Nationalisierung schützen. — Die Kriegervereine

des Krieges waren stets „international“, wenn es sich um das goldene Kalb drehte, nur den Arbeitern verübten sie ihr gutes Recht.

Neue Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Wie die B. V. R. erfahren, sind bei den Eisen- und Stahlwerken von Röchling in Bülkingen der Direktor, drei Ingenieure und zwei Monteurs verhaftet und in das Militärgefängnis Saarbrücken gebracht worden. Sie werden der Beihilfe zu Diebstahl, Raub und unnötiger Zerstörung beschuldigt. Die sechs Personen sollen vor das Kriegsgericht in Amiens gebracht werden, wo sich auch der Inhaber der Firma, Robert Röchling, befindet. Die verhafteten Personen haben 1917 im Auftrag der Firma in Nordfrankreich Maschinen abgebaut, die nach Deutschland verbracht wurden. Deutscherseits ist Einpruch erhoben worden.

In einer deutschen Note wird verlangt, daß die wegen Teilnahme an Demonstrationen für Deutschland verhängten Strafen gegen Eisenbahner im Rheinland nicht vollstreckt werden.

Soll es wieder losgehen?

Wolffs-Sächsischer Landesdienst schreibt: In einer Versammlung in Bannwitz erklärte der Volkstammerabgeordnete Fleißner von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, im Kampfe um den Sturz der gegenwärtigen Regierung nahe die Stunde der Entscheidung. Die Arbeiterfrage solle jetzt Ruhe halten, aber bereit sein, bis der Ruf ertöne, der die jetzige Regierung zu Fall bringen werde. Die unabhängige Sozialdemokratie sei zum Schlage bereit. Der Ring um Dresden sei geschlossen. Die Neustadt, der Pirnaer Bezirk, Bannwitz und der Blauenische Grund seien fest in ihrer Hand.

Dazu bemerkt die „Leipziger Freie Presse“: Es ist eine alte Geschichte, daß die Unabhängigen offen auf den Sturz der Regierung Gradnauer hinarbeiten; und das tun sie wohl auch in der Einbildung, daß sich das Proletariat in absehbarer Zeit von der Sozialdemokratie abwenden und zu ihnen übergehen werde. Sie spekulieren auf den völligen Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens, der nicht nur die sächsische, sondern in erster Linie die Reichsregierung zum Mißtraute zwingen und so für die unabhängigen Aspirationen die Bahn frei machen werde. So haben die Unabhängigen immer spekuliert, ohne jedoch bisher auf ihre Rechnung gekommen zu sein. Und wenn es in der nächsten Zeit wirklich zum Zusammenbruche kommen sollte, dann würden die Unabhängigen — ganz abgesehen davon, daß sie die Herrschaft nur auf dem Wege der Diktatur erlangen könnten —, auch nicht in der Lage sein, das Chaos zu meistern. Deshalb würden die Unabhängigen auch nicht auf ihre Rechnung kommen können, wenn es ihnen gelänge, die Herrschaft an sich zu reißen, zumal sie zu positiver Arbeit absolut unfähig sind.

Das Urteil gegen Klingelhöfer.

Vom Standgericht München wurde der ehemalige Student der Nationalökonomie Gustav Klingelhöfer aus Regensburg wegen Verbrechen des Hochverrats zu fünf Jahren sechs Monaten Festungshaft unter Annahme milderer Umstände verurteilt. Seine Frau, die der Beihilfe zum Verbrechen des Hochverrats angeklagt war, ist freigesprochen worden.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des bayerischen Ministerrats gegen das Todesurteil Lewines.

Unter Bezugnahme auf die Angriffe, welche die sozialdemokratischen Mitglieder des Ministerrats wegen dessen Stellungnahme im Falle Lewine haben erfahren müssen, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Ministerrats gegen die Bestätigung des Todesurteils stimmen.

Ungarn.

Einen Sieg haben die ungarischen revolutionären Truppen bei Kaschau gewonnen. Die Stadt wurde besetzt. Auch an den übrigen Fronten wurde der Gegner geschlagen. Die Nachricht, daß die Ungarn das Ultimatum angenommen haben, ist nicht richtig. Von einer Annahme kann schon deshalb keine Rede sein, da die ungarische Regierung bisher noch keine Antwort von der Entente auf ihre Anfrage betreffend das Ultimatum erhalten hat.

Frankreich.

Die französische Kassenpolitik vor der Kammer. In der Kammer begann gestern die Besprechung der Interpellation betreffend die Politik der Regierung in Rußland, den Rückzug der französischen Truppen aus Odessa und die Meuterei der Schwarzmeer-Flotte. In ihr kam nur der radikal-sozialistische Abgeordnete Viollette zum Wort, der in einer sehr eindrucksvollen und sachlichen Rede die Politik des Ministers Pichon brandmarkte, welcher trotz feierlicher Zusage an die Kammer, Truppenverstärkungen weiter nach Rußland geschickt hatte, obgleich es bereits klar war, daß die Lage in Odessa unhaltbar sei und daß die Räumung sowieso durch Transport-schwierigkeiten sehr erschwert war. In der heutigen Sitzung wird die Debatte fortgesetzt werden über die Interpellation der Sozialisten über die Meuterei der Schwarzmeer-Flotte.

England.

Lebensmittelschwierigkeiten. Aus London wird gemeldet, daß seit Abschluß des Waffenstillstandes alle Preise für Lebensmittel, Kleider usw. gestiegen sind. Es ist eine große Bewegung zur Beibehaltung der Lebensmittelkontrolle im Gange. Die Preise für viele Lebensmittel stellen sich auf das Dreifache. Man fürchtet in England sehr den Einfluß der amerikanischen Fleischkönige, die den blockierten Nationen gegenüber jetzt schon als Wurstlieferanten auftreten wollen. Es wird in Lebensmitteln ohne Konzeption in großem Umfang spekuliert, so daß die englischen kooperativen Gesellschaften auf ihrem Kongress eine Entschließung fassen mußten, in der geäußert wurde, daß die Beibehaltung des Lebensmittelministeriums unbedingt erforderlich sei, um zu verhindern, daß der allgemeine Konsum künftig von Spekulanten ausgenutzt werde.

Kleine politische Nachrichten.

Wie die „Braunschweiger Landeszeitung“ meldet, ist der in Braunschweig von der Kommunistenpartei angeführte Generalstreik am Begräbnistag Rosa Luxemburgs von der Versammlung der Betriebsausschüsse mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Die Kommunisten und Unabhängigen haben trotzdem Arbeitsruhe beschloffen. Im preussischen Ministerium des Innern ist ein Gesetzentwurf fertiggestellt, der die Auflösung der Provinzial- und Kommunalparlamente und ihre Neuwahlen auf demokratischer Grundlage bis 1. August 1919 vorzieht.

Nus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 18. Juni.

Die vergessenen politischen Morde.

Die Unabhängigen und Kommunisten Lübecks rufen zur Ehrung der ermordeten Revolutionäre Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leoine auf. Auch wir sagen: Ehre den Toten, die für ihre Überzeugung starben! Politische Morde verdienen die schärfste Verurteilung aller, die nicht Flinten und Revolver als geistige Waffen benutzen.

Wir vermissen bei der unabhängig-kommunistischen Brandmarlung dieser Blutlatten jedoch, daß man nicht auch die ungeheuerliche bestialische Ermordung des Genossen Neuring in Dresden, das Mientat auf den Genossen Uer in München, dessen Mörder noch immer sich seiner Freiheit erfreut, zum Gegenstand der Entrüstung macht. Sind diese Schandtaten vielleicht weniger verwerflich, als die an Rosa Luxemburg und Liebknecht, weil sie von spartakistischer Seite verübt wurden?

Der Meinung sind wir nicht. Eine einseitige Rundgebung läßt aber Raum für solche Anschauungen.

Eine Frauendemonstration fand heute wiederum auf dem Marktplatz hauptsächlich wegen der Fleischversorgung Lübecks statt. Begreiflich ist, daß die Fleischversorgung Lübecks in der Bevölkerung Erregung und Zorn hervorruft, wenn man bedenkt, daß für diese Woche Konserven aus Werbesfleisch zur Ausgabe gelangen zu einem Preise, der den Höchstpreis für frisches Werbesfleisch weit übersteigt. Wir sind der Meinung, das Ernährungsamt hätte hier anders verfahren können. Vor allem wäre eine Preisermäßigung nötig gewesen, eventuell auch auf Kosten des Staates. Der Preis von 6,25 Mk. pro Pfund wird von vielen mit Recht als Wucherpreis bezeichnet. Der Staat sollte den Minderbemittelten, die doch in der Hauptsache die Konsumenten dieses Fleisches sind, mehr entgegenkommen.

Der deutsche Bund für Erziehung und Unterricht hatte gestern nach der Gemeinnützigen Gesellschaft Freunde der Förderung der Jugend- und Volksbildung, die eine Ausgestaltung der Bildungsarbeit erstreben, eingeladen, die auch recht zahlreich erschienen waren, besonders Lehrer und Lehrerinnen. Direktor Dr. Schwarz eröffnete die Versammlung und gab einen Überblick über die Bestrebungen des Vereines. Unter Ausschluß jeder Parteipolitik gelten als seine Aufgaben: a) Erweckung und Vertiefung des Interesses für Erziehung und Unterrichtsfragen in weiteren Kreisen unserer Stadt 1. durch sachliche Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse, 2. durch Berichterstattung über die Ergebnisse der Forschung auf dem Gebiete der Psychologie und der Jugendkunde, 3. durch Berichte über Versuche, die mit neuen Unterrichts- und Erziehungsmethoden angestellt werden, sowie über neue Maßnahmen in Schulverwaltung und Schulbau. b) Die Ermöglichung gegenseitiger Aussprache und Verständigung der verschiedenen an der Jugendbildung beteiligten Kreise. c) Eigene Forschung auf dem Gebiete der geistigen Entwicklung der jugendlichen Persönlichkeit, besonders ihrer Leistungsfähigkeit, Prüfung des Bildungsgehaltes und des Bildungswertes der verschiedenen Wissenschaften und Künste. d) Anregung zur Mitarbeit auf dem Gesamtgebiete des Erziehungswezens auf Grund der Ergebnisse neuerer Forschung. 1. durch Förderung aller Bestrebungen, die nach der theoretischen oder praktischen Seite weitere Klärung pädagogischer Fragen erhoffen lassen, 2. durch Eingaben an die für die weitere Entwicklung des Erziehungswezens maßgebenden Stellen. In dem einleitenden Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, in der alle Redner sich für die Gründung einer Lübecker Ortsgruppe des Bundes aussprachen, nebenbei aber auch auf Fragen der Elternräte, Elternräte usw. eingingen, die mit dem eigentlichen Thema nur in losem Zusammenhang standen. Schlußwort Dr. Bachmann betonte, daß es sehr erwünscht sei, wenn sich möglichst alle Schichten der Bevölkerung in dem Bunde zu gemeinsamer Arbeit vereinigen würden. Es folgte darauf die Bildung der hiesigen Ortsgruppe, der die meisten der Anwesenden sofort beitraten. Nach Beratung und Genehmigung der Satzungen und Wahl eines 14-köpfigen Vorstandes konnte die Versammlung geschlossen werden. Demnächst wird die neue Organisation ihre Tätigkeit beginnen, von der wir hoffen, daß sie ersprießlich für die Ausgestaltung unserer Volksbildung wirkt.

Allgemeine Versammlung Lübeckischer Lehrer. Auf der Tagesordnung der nicht sehr stark besuchten Versammlung, in der auch den anwesenden ca. 50-60 Kriegseminaristen Sitz und Stimme gewährt wurde, stand die Frage der Schulverwaltung. Angenommen wurden folgende Beschlüsse: A. Schulverwaltung. 1. Die Schule wird von einer eigenen, selbstständigen Behörde verwaltet. 2. In den Schulbehörden haben auch Vertreter der Lehrer und Eltern (für Berufs- und Fachschulen Männer und Frauen des praktischen Lebens, insbesondere Lehrherren) Sitz und Stimme. 3. Die Lehrer und Nichtlehrer werden von denjenigen in die Behörde gewählt, die sie vertreten sollen. 4. Als Leiter und Mitarbeiter sind auf allen Stufen der Schulverwaltung Lehrer zu verwenden. 5. Neben die Schulbehörden treten in jedem Verwaltungsbezirk die Schulkammern als Vertretung der Lehrerschaft. B. Schulaufsicht. 1. Die Schulaufsicht ist ausschließlich Sache des Staates. 2. Nur Fachmänner haben die Schulaufsicht aus. Sie werden von der Behörde aus den Vorschlägen der Lehrerschaft gewählt. C. Schulleitung. 1. Die Verwaltung mehrklassiger Schulen beruht auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung. Sie liegt dem Lehrerkollegium (der Lehrerkonferenz) unter dem Vorbehalt eines Schulleiters ob. Die Wahl der Schulleiter mehrklassiger Schulen erfolgt in derselben Weise, wie die der Schulaufsichtsbeamten. (Angen. mit 190 gegen 160 Stimmen.) Die Wahl des Leiters erfolgt aber nur auf Zeit. (Angen. mit 194 gegen 165 Stimmen.) 2. Für die Beratung als Schulleiter ist keine besondere Prüfung zu fordern. 3. Jeder festangestellte Lehrer ist in seiner Arbeit selbstständig. — Abgelehnt wurde der Antrag des Lehrervereines, wonach der Schulleiter mehrklassiger Schulen vom Kollegium auf Zeit unter Bestätigung durch die Schulbehörde gewählt werden sollte.

Fleischausgabe in der Woche vom 9. bis 15. Juni 1919. Infolge mangelnder Zufuhr von Schlachttiere muß, wie aus einer Bekanntmachung des Landesversorgungsamtes hervorgeht, in der Woche vom 9. bis 15. Juni, wie das auch bereits in anderen Städten geschieht, nach Art von Cornedbeef konserviertes Werbesfleisch ausgegeben werden. Es war voranzusehen, daß eine Zeit kommen mußte, in der Schlachttiere nicht in genügender Menge zur Verfügung steht, da der stark verminderte Viehbestand einen weiteren Eingriff der Abschlächtungen nicht gestattet. Die Abschächtung von Milchvieh würde eine weitere Einschränkung in der Milch- und Fettversorgung zur Folge haben. Das konservierte Fleisch gelangt in Blechdosen mit der Aufschrift „Kriegsgefangenen-Ernährung“ zum Verkauf. Die Aufschrift hat mit dem Inhalt nichts zu tun, da zur Füllung Dosen aus Heeresbeständen benutzt sind, die infolge der Demobilisierung anderweitig nicht mehr verwandt werden konnten.

Elektrische Hausinstallationen im Lübeckischen Landgebiet. Obwohl nach der behördlichen Bekanntmachung vom 4. Juni ds. J. zur Herstellung von Hausinstallationen im Anschluß an die Lübeckische Überlandleitung nur die von der Betriebsbehörde in Lübeck konzessionierten Installateure zugelassen sind, werden dem Vernehmen nach doch noch immer einzelne derartige Aufträge an auswärtige Firmen vergeben. In solchen Fällen läuft der Auftraggeber Gefahr, später vom Anschluß an die Ortsleitung ausgeschlossen zu werden. Es macht deshalb das Stadt- und Landamt nochmals darauf aufmerksam, daß nur an die in Lübeck konzessionierten Installateure die fraglichen Anlagen vergeben werden dürfen. Sache der Auftraggeber ist es, sich davon zu überzeugen, ob im einzelnen Falle die Konzession erteilt ist; gegebenenfalls kann beim Stadt- und Landamt deswegen Nachfrage gehalten werden. Auf die vor der Bekanntmachung vom 4. Juni gültig

beretts in Angriff genommenen Anlagen wird nach Lage der Umstände Rücksicht genommen werden müssen.

Raubüberfälle. Am 2. Minnastage wurde auf dem Wege Lübeck-Beckers-Schlus am in Schlus wohnender Mann von 2 Räubern überfallen. Die Banditen setzten ihn einen Armes-Revolver auf die Brust und forderten Geld und sämtliche Wertgegenstände. Der Ueberfallene gab seine Uhr im Werte von 120 Mk. heraus; womit sich die Räuber zufrieden gaben und ihn seines Weges ziehen ließen. Kaum hatte er die ersten Häuser Schlus erreicht, da begegnete ihm ein junges Ehepaar, das auch von den Banditen angefaßt war. Sie haben sofort der Polizei Station von den Ueberfällen Meldung gemacht, aber zu ihrem Bedauern von der Sache bis heute nichts erfahren. Auch wir müssen beklagen, daß über diese Vorfälle eine polizeiliche Meldung leider nicht erfolgt ist. Die Räuber sind etwa 1,75 m groß; 25 bis 30 Jahre alt; tragen helle oder braune Zivilkleider und Raubfahrmützen; einer Mittelgamaschen. Schon am Sonnabend wurden die beiden in den Sandbergestatten gesehen, wie der eine sich Mittelgamaschen umband, die er wahrscheinlich später wieder ablegt, um sich unkenntlich zu machen.

Sturm in der Natur. Auf den heute Abend im Wärmersaal stattfindenden Vorträgen Ernst-Albert-Abend „Sturm in der Natur“ sei nochmals besonders hervorgehoben, da eine Wiederholung wegen anderweitiger Verpflichtungen in Kiel, Hamburg, Bremen vorläufig nicht stattfinden kann. (S. Anzeige.)

Eine Laubstummelversammlung findet am Sonntag nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Referenten sind zwei Hamburger Genossen.

Stufen gestohlen. Am Mittwoch, dem 11. ds. Mts. sind aus einem Hause im Balauerföhr 4 weiße wertvolle Blusen gestohlen worden.

Kesselnommen wurde ein Arbeiter aus Ahrensburg, der sich von einem hier wohnhaften Freunde einen Anzug geliehen hatte. Anstatt ihn aber an seinen Eigentümer wieder zurückzugeben, verkaufte er ihn an einen in der Beckerarube wohnhaften Trödler und verbrauchte den Erlös zu seinem eigenen Vorteil.

Rennterfeld. Dem Hufner Teichau im nahen Rohnsdorf wurden in der Nacht zum Rinnstsonntag ein Mutterfah und zwei große Lämmer von Dieben abgeschlachtet und gestohlen.

Klein-Parin. Moderne Spitzbuben suchten den Hofbesitzer B. Selbmann in Maltendorf heim. Sie kamen nachts, während der Besitzer zu einer Festlichkeit war, mit einem Automobil und holten sich ein Schwein aus dem Stalle, mit dem sie dann wieder verschwand.

Waldsdorf. Sich selbst entleibt. Gestern hat sich auf dem Bremerhänener Friedhof ein aus Chemnitz hier auf Besuch weilender Prokurist, dessen verstorbene Frau hier beerdigt ist, am Grabe derselben erschossen. Wie man hört, soll hochgradige Nervosität die Ursache des Selbstmordes sein.

Hamburg. Bootsunglück auf der Elbe. Auf dem Prutenkanal kenterte am Mittwoch nachmittags ein von zwei Brüdern geführtes Kanu. Da Gule nicht schnell genug zur Stelle war und die Verunglückten des Schwimmens nicht genügend kundig waren, sind beide ertrunken. Die Leichen konnten geborgen werden.

Hamburg. Die Abstimmung auf den Seeschiffen. Die Abstimmung über eventuelle Arbeitsruhe am Tage der Beilegung von Rosa Luxemburg hat ein Mehr von 1085 gegen die Arbeitsruhe ergeben, da 6020 Stimmen dagegen, 4935 dafür abgegeben worden sind. Deutscher und Deutsche Wert haben sich an der geheimen Abstimmung nicht beteiligt. Danach ist für die übrigen Werften die Beteiligung an Demonstrationen abgelehnt. — In einer Versammlung der revolutionären Elemente ist, wie die Hamburger „Volks-Zeitung“ berichtet, einstimmig beschlossen worden, am Beilegungstage von Rosa Luxemburg die Arbeit ruhen zu lassen und in den Betrieben dahin zu wirken, daß alle Genossen aller Richtungen sich diesem einträgigen Streik anschließen. — Unabhängige Kampfesweise. Der politische Kampf hat in unserer Zeit außerordentlich vielfache Formen angenommen. Nicht etwa, daß nach rechts hin die Methoden am härtesten entwickelt werden. Nein, gerade im Kampfe der Arbeiter untereinander wird er von den feinsten Gesichtspunkten mit den geschicktesten Mitteln ausgeführt. Zu dem Beispiel des Verhauens von Leuterich bei der Demonstration und dem Verleiden Solts bei gleicher Gelegenheit können wir heute ein neues aus dem Alltagsleben berichten. Als eine Genossin in ihrem Bezirk rüchliche Beiträge kassieren wollte, kam sie auf ihrem Wege in die Wohnung eines Ehepaars. Der Mann, ließ sie in ruhiger Weise eintreten und ihr Begehre vorbringen. Zur Antwort bekam sie dann von der Frau: „Wir gehören keinem Kapitalistenverein an, wir sind keine.“ Unsere Genossin sagte, wenn sich die Leute abgemeldet hätten, dann wäre sie nicht mehr gekommen. Prompt erwiderte sie: „Das haben wir nicht nötig, wir können tun und lassen, was wir wollen und von Ihnen lassen wir uns lange keine Vorschriften machen. Sie haben den „Läuserpöppel“ und nun lassen Sie man, bis Sie smart war.“ Darauf unsere Genossin im Zorn: „Wenn ich in jedem Hause soviel erleben müßte, würde mir das Kassieren bald leid werden.“ „Wenn Du nun aber nicht mußt, daß Du zum Kassieren, kassierst die Tasse Kaffee im Genie“ und damit wurde sie am Arm gepackt. Als unsere Genossin außerhalb der Tür war, machte sie mit dem Stoffleger: „O Gott, matt'n Gott!“ ihrem gepöppelten Herzen Luft. Nun kam eine wütende Attacke, die Tasse Kaffee kam ins Genie, ein paar Schritte in den Hintern unserer Genossin, die schon auf der Treppe stand. Ein Hinstürzen war die Folge. Auch hierbei natürlich Schimpfen der gemeinsten Art. Als letzter Gruß lag der Wehmerdesel hinterher. Der ganze Eimer hätte zu viel Schmutz gemacht. Als unsere Genossin auf der zweiten Treppe war, ging die Tür auf und der Mann rief: „So, Du alte Sau, nu ga man hin na Dien Scheidemann.“ Wohin sollen diese Methoden führen?

Hamburg. Ein Unfall der Schauerleute an den Lebensmittelschiffen brach gestern vormittag aus. Der Grund des Unfaltes war, weil eine Abteilung der Bahnsoldaten der Freiwilligenwehr von 30 Mann zur Bekämpfung der großen Diebstähle, die an den Lebensmittelschiffen vorgekommen sind, herangezogen wurde. Bei der Landung der Schauerleute gingen die Bahnsoldaten Truppen scharf vor; es soll dabei sogar geschossen worden sein. Trotz aller Nachforschungen konnte darüber aber nichts festgestellt werden. Eine Deputation des Betriebsrates der Schauerleute hatte nachmittags eine Verhandlung im Rathhaus, wo eine Einigung erzielt und die Arbeit heute früh wieder aufgenommen werden sollte. Ob dieses geschehen ist, ist fraglich, da in den Versammlungen der Schauerleute große Erregung herrschte. Die Bahnsoldaten Truppen sind in der Nacht schon zurückgezogen worden. Mit den gestohlenen Sachen wurde ein schamhafter Handel getrieben. Am Donnerstag wurde einem Trupp allein 15.000 Rthl Sped abgenommen.

Schwerin. Leichenfund. Am Montag abend wurden neugeborene Zwillinge (Knabe und Mädchen) im Rantower-See tot aufgefunden. Die Leichen waren bereits in Verwesung übergegangen. Die Polizei beschlagnahmte dieselben und ließ sie in die Leichenhalle einliefern.

Bülow. Ein Kind ausgezehrt. Am Morgen des ersten Pfingsttages fanden Bewohner des nahen Dorfes Neuendorf auf der Wäldbahn an der Chaussee eine kleine Riste, die mit einem mit Nusskern versehenen Pappdeckel zugedeckt war. Bei näherer Betrachtung stellte sich heraus, daß in derselben, in alte Saalsteinband gewickelt, mit einem Zuckertröpfchen im Munde ein neugeborenes, höchstens 24 Stunden altes Mädchen lag. Das Kind ist hier in Pflege gegeben worden. Die Nachforschungen nach der Mutter sind bisher ergebnislos geblieben.

Güstrow. Die Aushelfer des Postamts sind gestern mittag in den Ausstand getreten, weil ihnen ihre Lohnforderung nicht in der gewünschten Höhe bewilligt worden ist.

Koßel. Arbeitsniederlegung. Die Arbeiter der Nordischen Malzfabrik-Werke, Eduard Winter, sind heute in einen Streik getreten. — Der Streik der Steinarbeiter dauert fort.

Geestmünde. Übermals ein Minenunglück. Der hier beheimatete, der Reederei Schöholz gehörende Dampfer „Fragantus“ ist in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und gesunken. Glücklicherweise ist von der Mannschaft niemand zu Schaden gekommen, sie wurde in letzter Nacht durch einen anderen Dampfer hier gelandet.

Theater und Musik.

In Stadthallen-Theater welche Donnerstag „Frühling“ Lust, trotz der tropischen Gewitterschwüle, die über dem Juniabend lag. Allerdings war diese „Frühling“ nicht auf das Konto des unsichtbaren Wettermachers zu setzen, sondern drei geschäftstüchtige Männer und ein beliebter Komponist, Johann Strauß, dem man die Motive d. h. die besten Melodien, entnahm, sind ihre Urheber. Das Publikum ließ sich gern davon umfädeln. Im übrigen ist die Operette hier seit vielen Jahren bekannt. Wir brauchen deshalb weder auf den Text noch auf die Musik besondere Worte zu verwenden und können uns auf eine kurze Würdigung der Wiedergabe beschränken. Durch die ganze geistige Vorleistung ging ein frischer flotter Zug, ohne den eine Operette immer schal und langweilig wirkt. Alle Künstler waren mit Lust und Liebe bei der Sache. Eine vortreffliche Hantel, derb und drastisch als Mädchen vom Lande, led und schneidig, nachdem sie von der Wiener Kultur befreit war Frau Bradsky; ein liebenswürdiger Schwermüder der Dr. Landmann des Herrn Trimborn, dem in Willy Jasska ein charmanter Frauchen zur Seite stand. Die komischen Figuren wurden von Frau Hofe (Frau Knidebein) und Martha Hohenfeld (Baronin Croise), sowie den Herren Holtmann (Knidebein), Roug (Baron Croise) und Crasmi (Nazi) in erheitender Weise gegeben. Erwähnt sei noch das junge Liebespaar Felix und Berta, als dessen angenehme Vertreter Fräulein Würz und Herr Habbig fungierten. Auch der Chor tat seine Schuldigkeit. Mit einem von der Balletmeisterin Fräulein Stolz hübsch arrangierten Rosen-Fest, in dem die Grazie und Jugend der Damen von der Tanzkunst entzündet, fand die von Herrn Blumentritt lebendig geleitete Aufführung einen prächtigen Abschluß.

Neueste Nachrichten.

Das Geständnis der Unabhängigen.

Berlin, 13. Juni. Die sonst so großmütige „Freiheit“ ist plötzlich ganz kleinlaut geworden. Nachdem sie die Enthüllung Roskes auf dem Parteitag zuerst unter gänzlichem Stillschweigen abdruckte, dem man die grenzenlose Verlegenheit anjah, rafft sie sich jetzt zu einem kläglichen Geckemmel auf, das nicht mehr und nicht weniger als ein glattes Eingeständnis der Tatsache ist. Unwirsch bezeichnet sie die Unterredung als „Anfang und lächerliche Kinderei“, mit der die Partei als solche „natürlich“ nicht das geringste zu tun habe und außerdem bestimme sie ihrem Parteigenossen Emil Barth, „daß Genossen, die so leicht in die Falle gehen, für führende Stellung nicht gerade die nötige Eignung besitzen.“

Emil Barth erläßt eine ebenso kleinlaut Erklärung, in der er zwei Unterredungen mit Offizieren der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zugibt und es ablehnt, sich über die Motive zu äußern, die ihm zu diesen Unterredungen veranlaßt haben. Barth behauptet, er sei von Anfang an überzeugt gewesen, daß diese Unterredungen an Roske weitergegeben würden. Jeder blamiert sich so gut er kann!

Nun, „lächerlich“ ist die Sache allerdings — nämlich für die blamierten Unabhängigen, eine Kinderei keineswegs. Die Unterredung war nicht die einzige, Emil Barth auch nicht der einzige Teilnehmer auf unabhängiger Seite, sondern er wie Dr. Rudolf Breitscheid sowie verschiedene andere Führer der Unabhängigen haben nicht nur mit der Garde-Schützen-Division, sondern in der gleichen Weise mit fast allen Truppenteilen der Freiwilligen verhandelt. „Natürlich ohne Wissen ihrer Partei!“

Die Bearbeitung der Freiwilligen-Verbände durch die U. S. B. zum Uebertritt ist nur ein Stück der groß angelegten Pläne der Unabhängigen zur Errichtung ihrer Herrschaft, und Emil Barth weiß sehr wohl, warum er über seine Motive die Auskunft verweigert. In jedem Fall bleibt die Tatsache bestehen, daß die Unabhängigen mit den von ihnen angeblich so verachteten und bekämpften Freiwilligen-Verbänden selber zu regieren hoffen!

Zum Friedensvertrag.

Berlin, 13. Juni. Nach der „Voss. Zig.“ tritt die Nationalversammlung am Montag zusammen, um zur Antwort der Entente Stellung zu nehmen. Am Sonntag finden Beratungen der Fraktionen statt.

Berailles, 13. Juni. Nach der heutigen Morgenpresse wird angenommen, daß die Antwort der Allierten auf die deutschen Gegenanträge am Sonnabend überreicht werden wird. Es wird noch beraten, ob die Frist von 6-8 Tagen bewilligt werden und die im Waffenstillstandsvertrag vorgesehene Kündigung von drei Tagen eingebracht werden soll. Nach deren Kündigung wird der Kriegszustand wieder eintreten.

Rücktrittsgerüchte Clemenceaus?

Wien, 13. Juni. Nach Pariser Meldungen hat Briand alle Vorbereitungen für die Kabinettsbildung vollendet. Ein wichtiges Vorzeichen ist dem Deputierten Genesny vorbehalten, dem mehrere oppositionelle Blätter zur Verfügung stehen. Briand beabsichtigt eine vollständige Wiederherstellung der Parlamentarischen Kontrolle in der Friedenssache. Der Rücktritt des Kabinetts Clemenceaus wäre bereits erfolgt, wenn für Clemenceau ein ehrenvoller Abschied gefunden worden wäre. Wahrscheinlich beschließt man aber, daß Frankreich England gegenüber durch den Rücktritt Clemenceaus eine Einbuße erleiden würde. Als Mitglieder des Kabinetts Briand werden genannt: Willstrand, Leon Bourgeois sowie Mitglieder anderer Partigruppen.

Die Vorgänge in der französischen Kammer.

Berailles, 13. Juni. Bei der Besprechung der Interpellation über die Vorgänge bei der französischen Armee und Flotte in Südrußland schilderte der Radikalsocialist Dr. Brunce die trostlosen Zustände im französischen Expeditionskorps im Orient und den Etappenstationen. Gegen die Führer, die diese Zustände säuften, müsse vorgegangen werden, ehe man gegen die Matrosen etwas unternehme. Der Sozialist Dajout verteidigte die Matrosen. Das 21. Kolonialregiment und das 58. Inf.-Reg. hätten sich geweigert, zu marschieren, zahlreiche Abteilungen seien mit voller Ausrüstung zu den Volksgewissen übergegangen. Die Soldaten würden nur für ehrliche Sachen, nicht aber für Unschicklichkeiten der Regierungspolitik kämpfen. Dajout sagte weiter, die französische Politik zielt darauf hin, die russische Politik im Interesse der französischen Kapitalisten niederzuwerfen und die Diktatur Kollischals oder eine monarchistische aufzurichten.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Smitten in Lübeck.

HAUSHALT-WAREN

Diese Abteilung ist jetzt gewaltig vergrößert!

Emaillie-Waren

Ein Waggon eingetroffen!

Patent-Einkoch-Gläser

aus Ia weißem Glas.
Garant.-Marke Silesia
1 1/2 1 1/4 1 1/2 1 1/4
1 90 1 80 1 70 1 65

Garantie-Marke Maria
1 1/2 1 1 1/4 1 1/2 1 1/4
2 65 2 45 2 55 2 10

Preise mit Gummiring u. Klammer. Garantie bei sachgemäßer Behandlung.

Einkoch-Apparate

mit Thermometer, Hinzusatz und 6 Federn

verzinkt 24⁵⁰

emailliert 36⁵⁰

Dampf-Einkoch-Topf „Franag“

Der Spartort für jede Küche. Passt für jedes Glas und jedes System.

10⁵⁰

Ebnäpfe aus einem Stück gestanzt . 1.25 95⁵⁰

Kaffeetassen weiß mit Untertasse 75⁵⁰

Wasserkessel mit und ohne Ansatz . Zum Aussuchen durchweg 285

Kasserolen mit Stiel 1.75 125

Maschinentöpfe grau, braun und blau . 2.25 1.65 125

Schmortöpfe aus einem Stück gestanzt, mit Deckel
28 cm 14⁵⁰ 26 cm 12⁵⁰ 24 cm 10⁵⁰ 22 cm 8⁷⁵
Durchm. 14 Durchm. 12 Durchm. 10 Durchm. 8

Aluminium

Außerordentlich billig

Fleischtopfe mit Deckel 19⁷⁵ 15⁵⁰ 12⁵⁰ 9⁷⁵

Schmortöpfe schwere Qual. 17⁵⁰ 14⁵⁰ 12⁵⁰ 9⁵⁰

Kasserolen mit Stiel 9⁵⁰ 8⁵⁰ 6⁵⁰

Alum.-Esslöffel 1.25 u. 85⁵⁰

Steingut

Extra-Angebot

Gemüseschalen rund 7 Stück 6⁷⁵ 6 Stück 5⁵⁰ 5 Stück 4²⁵

Teigschüsseln . . . 2.50 1²⁵

Kartoffelschalen eckig 9⁵⁰

Kaffeetassen mit Untertassen 45⁵⁰ 75⁵⁰

Speiseteller . 85⁵⁰ u. 75⁵⁰

Waschbecken u. Kannen Stück 3⁷⁵

Milchkannen mit Deckel . . Zum Aussuchen 95⁵⁰

Essenträger grau, braun und blau 8.50 2.85 95⁵⁰

Wasser-Eimer grau emailliert, 28 cm 8.25 20 cm 285

Nachtgeschirre grau emailliert 375

Bratenpfannen eckige Form 2.85 250

Bratenpfannen oval mit Deckel, la. Fabrikat
44 cm 14⁵⁰ 40 cm 11⁵⁰ 36 cm 9⁵⁰ 35 cm 8⁵⁰
lang lang lang lang

Blechwaren

Sehr vorteilhaft

Suppensiebe . . . 2.75 2²⁵

Teesiebe 85⁵⁰ 65⁵⁰

Tortenformen . . 3.25 2⁷⁵

Kastenformen . 1.45 95⁵⁰

Puddingformen . 6.75 4⁵⁰

Vorratsdosen mit 1.10 65⁵⁰

Gebäckkasten 14.50 u. 9⁵⁰

EIN Braun-Geschirr Für je 55⁵⁰
WAGGON Einlegetöpfe, Satten, Schüsseln, Schmortöpfe und Milchtöpfe . . Inhalt

Beachten Sie unsere Spezial-Schauenster!

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

LÜBECK.

Garten-Gießkannen

starkes Fabrikat verzinkt

10 Liter Inhalt . . 17⁵⁰

8 Liter Inhalt . . 15⁵⁰

6 Liter Inhalt . . 14⁵⁰

lackiert

aus starkem Eisenblech mit Eisenreif

10 Liter Inhalt . . 18⁵⁰

8 Liter Inhalt . . 16⁵⁰

6 Liter Inhalt . . 14⁵⁰

Eis-schränke

Ia. Fabrikat

70x40x50 cm . 85⁰⁰

55x48x58 cm . 135⁰⁰

88x48x85 cm . 185⁰⁰

100x55x90 cm . 235⁰⁰

Fliegen-schränke

lackiert

50x30x36 cm . 19⁵⁰

60x34x44 cm . 28⁵⁰

70x40x50 cm . 36⁵⁰

80x50x60 cm . 45⁰⁰

Wegen Räumung Damen- u. Kinder- Hüte mit unter Preis. Minna Hartz, Seferstraße 50. 3471

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Lübeck.

Versammlung des Vorstandes, der Lohnkommission und ständiger Arbeiterratsmitglieder der ständigen Staatsarbeiter am Montag, dem 16. Juni abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstr. 50-52. Tagesordnung: Lohnrat.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Lübeck.

Versammlung in den Konservfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Sonntag, dem 14. Juni abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstr. 50-52. Tagesordnung: Die Ortsverwaltung.

Anklage der Gepeinigten

Geschichte eines Feldlazarets. Aus den Tagebüchern eines Sanitätsfeldwebels. Mit einem Vorwort von Artur Zickler, Redakt. des „Vorwärts“. Preis 50 Pfg. Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Reichsbund d. Kriegbeschädigten. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Bezirk Schlutup. Mitgliederversammlung am Sonntag, dem 14. Juni, 7 Uhr im Gahhof zur Linde. Bezirk Dänischburg-Saaratz. Mitgliederversammlung Sonntag, dem 14. Juni, 7 1/2 Uhr im Gahhof zur Linde. Der Vorstand.

Am Sonnabend, dem 14. Juni Grosser Ball des Kegelklubs „Frei Heil“ im Lokale des Herrn A. Busch (Friedrichshof). 3500 Anfang 6 Uhr. Ende 9 Uhr. Das Festkomitee.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Lübeck. Einladung zum Ball am Sonnabend, dem 14. Juni 1919 im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße. Eintritt für Herren 1.50 Mt., Damen 1.00 Mt. Das Festkomitee.

Prima-Wechsel

in Block. Friedr. Meyer & Co. Motorbootsbetrieb Lübeck-Schwartau. Mein neues elegantes Motorboot „Helene“ fährt bis auf weiteres: (3466) ab Drehbrücke (unt. Engelsstr.) 2, 3.00, 5.20, 7 Uhr. ab Schwartau 2.30, 4.15, 6, 7.40 Sonntag: 9.30 vorm. 1.30, 2.45, 4, 5.15, 6.40, 8 Uhr ab Schwartau: 10.15, 8.30, 4.30, 6, 7.20, 8.20 Uhr. A. Krumnow.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Schlutup. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, dem 14. Juni abends 7 1/2 Uhr im Lokale von A. Sabrowski (Gahhof zur Linde) in Schlutup. 3500 Der Vorstand.

Taubstummenverein Lübeck. Öffentliche Taubstummens-Berammlung am Sonntag, dem 15. Juni 1919, nachmittags 4 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Politik und Taubstummensbund. Referenten: Genossen Karnapp und Bonnier aus Hamburg. 2. Freie Aussprache. Alle Taubstummens und Ertaubte in Lübeck und Umgegend sind herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Neu-Lauerhof. Heute Freitag und Sonntag: Großer Tanz. Anfang 7 Uhr. Großes Orchester. Harmonikaclub. 7 Musiker.

Großer Ball zugunsten d. Lazarett-Insassen des Konzerthaus Lübeck am Sonnabend, dem 14. Juni 1919 in der „Hansa-Halle“. Anfang 6 Uhr. Ende 12 Uhr. Eintritt: Herren 1.50 Mt., Damen 1.00 Mt.

Sparklub Biene Großer Ball am Sonnabend, dem 14. Juni 1919 im neu renovierten Konzerthaus Flora. Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Volks-Kino. Bürgerverein. 2 Vorstellungen. Fürstenliebe. 5 Akte. Spannendes Drama aus dem Hofleben. Lissy und ihr Verehrer. Witwens Lustspiel. 3 Akte. Frühes Kommen sichert guten Platz. Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr: Kinder-Vorstellung.

Gesellschaftshaus Fackenburg. Sonntag, den 15. Juni: Große Tanzmusik. Anfang 6 Uhr. (3507) Hierzu ladet freundlichst ein Franz Krüger.

HANSA THEATER. Freitag: Zum letzten Male: „Krone und Fessel“. Sonnabend. abends 8 Uhr: Zum 1. Male! (3480) (Langjährig verboten gewesen) „Zapfenstreich“. Militärdrama v. Fr. A. Beyerlein Sonntag: „Zapfenstreich“.

Stadthallen-Theater Lübeck. Freitag, den 13. Juni: Abends 7 1/2 Uhr: Nur sechs Schüsseln. Lustspiel in 3 Aufzügen von G. W. J. Großmann umgearbeitet von Georg J. Plotke. Sonnabend, den 14. Juni: Zum letzten Mal! Filmzauber. Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 4 Uhr: Großes Konzert Orchester des Vereins der Musikfreunde Lübeck. Abends 8 Uhr: Frühlingsluft. Montag, den 16. Juni: Sinfoniekonzert.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Eigenbericht des „Lübecker Volksboten“.

Aussprache über den Vorstandsbericht.

Leutentag Hamburg: Die deutsche Regierung leidet unter dem furchtbaren Schicksal des Bruderkrieges. In Hamburg begann die Revolution mit schweren Vergewaltigungen von Partei und Gewerkschaften. Ungerechten haben die Arbeiter sie wieder befreit, die Revolution nur Selbstvernichtung durch Ueberabstufung geschickt. Jetzt muß Freiheit und Gleichheit auch in der Verwaltung durchgeführt werden. Wir brauchen neue Beamte, die dem Mehrheitswillen entsprechen, aber natürlich nicht Zentrumsprovinzen, konservative Provinzen und demokratische Provinzen, sondern gegenläufige Durchführung aller Volksteile. Wir dürfen auch vom Bürgertum uns nicht mit der Drohung zurückziehen lassen, daß es nicht mehr mitmache, sondern müssen für den Sozialismus und die Arbeiterheit alles mögliche herausholen. Sollen sie nur versuchen, ohne uns fertig zu werden. (Bravo!) Auch in der Einigungsfrage brauchen wir ein geschlossenes Bekenntnis zur Demokratie. Nur auf diesem Boden kann die Einigung erfolgen. Dem bloßen Einigungsrundel begnügen wir mit Klarheit. Nur durch die Demokratie geht es vorwärts zur Gerechtigkeit für das Proletariat. (Beifall.)

Adolf Braun begründet folgenden

Einigungsantrag.

Der Parteitag teilt den in diesem Antrag zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach der Einheitsfront des Klassenbewußten Proletariats Deutschlands. Die Fortdauer der Parteipaltung, die den kraftvollen Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten droht, erkennen wir als die größte Gefahr für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, wie für die Abwehr der gegenrevolutionären Mächte. Bei allen Versuchen, das Proletariat wieder zur Einheit zusammenzuführen, wandten sich die Vertreter der U. S. V. wie der K. P. D. gegen die Grundsätze der Demokratie. Der Parteitag lehnt das Streben nach einer nur mit den Mitteln des Terrors — und auch da nur für kurze Zeit — aufrechtzuerhaltenden Diktatur einer Minderheit ab. Der Parteitag erklärt seine Bereitschaft, in Verhandlungen zur Einigung mit den Unabhängigen auf der Grundlage des Erfurter Programms zu treten, sobald die Unabhängigen den Grundsatz der Demokratie rückhaltlos anerkennen und jede Gemeinschaft mit der mit den Mitteln des Putschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundsätze wirkenden K. P. D. aufgegeben haben wird. Die Verhandlungen über die Einigung können nur zentral geführt werden.

Adolf Braun und Genossen.

Der Antrag faßt im Wesentlichen das zusammen, was die erfreulich zahlreichen Einigungsanträge ausdrücken. Hoffentlich können wir uns auf diese Resolution alle einigen. Dann wird sie auch nach außen wirken. Für die Fortdauer der Parteipaltung besteht kein Grund, soweit das Erfurter Programm anerkannt wird. Ich teile nicht den Standpunkt von Wels, daß die Kriegspolitik der Partei so ungewissenhaft klar, sicher und unanfechtbar ist. Aber was sollen wir heute noch vom 4. August 1914 sprechen. (Sehr wahr!) Der 9. November hat uns eine neue Grundlage für die Partei gegeben. In diesen schwierigen Verhältnissen muß freilich die Partei Stärke zeigen. Ich stimme deshalb jetzt in die starken nationalen Töne von Wels ganz ein. In dieser schwersten Zeit müssen wir unseren nationalen Standpunkt kraftvoll betonen, der verankert ist in internationaler Gesinnung. Wir müssen die Reste des wilhelminischen Patriotismus, die Reste des alldemokratischen, nationalliberalen Kapitalismus und imperialistischen Nationalismus zerhacken lassen an dem nationalen Willen der deutschen Sozialdemokratie, an unserer nationalen Gesinnung, die niemals im Widerspruch stehen wird zur internationalen. Heute, wo die Versailles Antwort droht, haben wir alle Ursache, unsere Liebe zum deutschen Volk zu betonen. Im übrigen rechtfertigt der Versailles Friede die deutsche Kriegspolitik so wenig, wie der Brester Friede die Mobilisation der russischen Heere oder die Forderung nach Auslieferung von Toul und Verdun und Clemenceaus Revanche-Politik. Bedenke wir doch nicht mehr über die Ursachen des Krieges. Man glaubt uns doch nicht mehr, was wir einst im offiziellen Deutschland geglaubt haben. Wir müssen aus der Einigungsfrage alles ausschneiden, was nicht rein tatsächlich ist. Es ist ohnedies genug Erörterung in uns. Wir müssen alles aus dem Wege räumen, was die Einigung erschwert. Ich war von Anfang an entschiedener Anhänger der Einigung. Heute sind meine Hoffnungen leider unermüdet. Die Unabhängigen haben sogar die Be-

stimmung der internationalen Konferenz abgelehnt. Sie verlangen Einigung nur auf ihrem Standpunkt, während niemand weiß, welches ihr Standpunkt ist. Die Kommunisten wollen sich weder mit uns noch mit den Unabhängigen einigen, deshalb ist auch der Antrag Jena unmöglich, der eine Einigung mit den Kommunisten fordert. (Ein Jenaer Delegierter ruft: Sie fordern eine neue Partei!) Vielleicht eine Partei von den Leuten, die während des Krieges der Partei den Rücken gekehrt haben und jetzt allein iachverständig sind, was der Partei not tut. (Seitertzeit und sehr gut!) Ich begreife ja, daß jeder hier zu Wort kommt, aber ich begreife nicht, daß man so vorlaut sein kann, wenn man während des Krieges so feige war, Sozialdemokrat zu sein. Die Spaltung während des Krieges war begründet. Ohne Sozialdemokratie hätten wir keine Republik, kein gleiches Wahlrecht, keinen Achtstundentag, kein Frauenwahlrecht. Ohne uns säßen die ganzen Unabhängigen hinter Gittern und wären nicht so laut. Aber die Spaltung hat sich am bittersten an den Zerplitterten gezeigt. Sie sind ja heute nur noch die Heloten der Kommunisten. Sie können nichts leisten, weil sie keinen eigenen Willen haben, und auch die Kommunisten sind keine eigene Partei. Das einzige, was die Parteien (sint) von uns eint, ist der Haß gegen uns. Ihr Marxismus besteht in dem Unsinn, daß alles gut sei, wenn man Götz, Scheidemann und Noske hänge. (Zuruf: Sprechen Sie doch für die Einigung!) Ich spreche für die Einigung auf dem Boden des Erfurter Programms. Ich spreche gegen die Einigung mit denen, die uns Verrat an diesem Programm vorwerfen und selbst keine Hauptforderung mitbringen. Ich spreche für die Einigung mit den Unabhängigen, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen. Ich spreche gegen die Einigung mit den Kommunisten, Syndikalisten, Anarchisten. Auch dort gibt es Idealisten und Opferbegeisterte, aber auch zahlreiche Elemente, die nicht aus dem Klassenbewußten, sondern aus dem Lumpen-Proletariat stammen. Dieses Gefindel haben die Kommunisten noch nicht von sich abgeschüttelt. Wir können damit nichts gemein haben. Ich bin nicht für allgemeine Einigung, weil sie undenkbar ist, ich bin nicht für Einigung mit allen Mitteln, dazu brauchen wir uns bloß Mitgliedsbücher der U. S. V. zu kaufen. Ich bin für Einigung mit aller Freudigkeit und Kraft, aber ich will dabei unsere Geschichte, unsere Tradition, unsere Grundsätze nicht preisgeben. In der unabhängigen Partei gibt es, das beweist ihr Parteitag, das beweisen die Auseinandersetzungen in Hamburg. Aber wenn wir uns mit einem verständigen, würde der andere wohl zu den Kommunisten übergehen, denn die Unabhängigen sind innerlich zerstückelt, hat kein Prinzip, hat keine Maßlinien. Die Einigung des Proletariats ist jetzt durchbar schwer, aber doch wollen wir ihr freudig dienen, und durch Parteitag wie unser ganzes Wirken mit dem Geiste der Einigung erfüllen.

Dr. Börjoman aus Bartenstein: Wenn wir weiter Politik treiben wie bisher, verlieren wir den Boden unter den Füßen und die Erzeugnisse der Revolution. Unzuliebe, Unsicherheit, Ziellosigkeit, Angst vor der Zukunft, damit verbunden trauriger Egoismus, gefährliches Schwimmen jeder Solidarnität, allgemeine Mißgünstigkeit der Geleise und mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl greifen immer weiter um sich. Eine Art Lähmung erfasst die führenden Geister, der Radikalismus breitet sich aus, furchtbar ist der Druck unserer Feinde, die den Sozialismus jetzt ein für allemal vernichten wollen. Unter diesem Druck treiben wir eine Politik von heute auf morgen. Das heftigste Ziel des Sozialismus wird verdrängt. Es ist schwer, in dieser Zeit höchster Machtenstufung des Imperialismus, die dem Sozialismus den Todesstoß verlegen wollen, den sozialistischen Gedanken hochzuhalten, und doch müssen wir die sozialistische Soane von ihrem Rebecktanz befreien. Wir müssen auf begrenztem Gebiete eine sozialistische Wirtschaftsordnung schaffen — die Internationale mag dann ihr Gebiet erweitern. Nur dann erwerben wir die Sympathie des Proletariats in anderen Ländern. Heute gilt diese Sympathie Ungarn und Ungarn. Wir brauchen nicht die Räte-Diktatur, dürfen nicht alles vernichten und zerstören; aber wir müssen die Welt von unserm ehrlichen sozialistischen Willen überzeugen. Wir müssen zielbewußt und energisch den notwendigen Reinigungsprozess vornehmen und alles beiseite, was der Entwicklung zum Sozialismus entgegensteht. (Zuruf: Was ist denn das?) Das sind die kapitalistischen Formen in Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verwaltung, Wissenschaft, Technik und Ethik. Die Demokratie darf uns nur ein Mittel zum Zweck sein. Wir brauchen die Verständigung mit den Unabhängigen. Schon weil der Kampf gegen die Vergewaltigung durch Imperialismus und Kapitalismus sich nur mit der Einheitsfront durchführen läßt. Millionen deutscher Volksgenossen kamen am 9. November begeistert unter die sozialistische Fahne. Wir hatten dieselben Ideale wie die alten Kämpfer. Erleuchtet diesen Idealismus, erhalte er Euch die neuen Genossen. Ihre Begeisterung für die große Sache ist echt und wahr. Es sind frische Truppen, die wir zum Kampfe brauchen. Die Lüge hat uns unmachtet, jetzt ist die Zeit der Wahrheit gekommen. Seien wir wahr gegen uns, gegen alle Volksge-

nosien, gegen die ganze Menschheit. In diesem Zeichen werden wir siegen. (Stürmischer Beifall.)
Dittmer-Berlin: Wir wollen lieber hier stärkere Kritik haben, als nachher im Lande weitere Abdröselungen haben. Der Variellapparat hat während der Revolution verlagert. Das Chaos in der Organisation erzeugte das Chaos in der Politik. Die Unabhängigen üben wirklich einen unehörligen, unehrlichen Terror. Aber war deshalb die kindige Polemik von Wels gegen sie nötig? Wir müssen aus dieser Lage durch die Einigung herauskommen. Nur das Wiederwerden des Verantwortlichkeitsgefühls auf jeder Seite kann die Schwierigkeiten überwinden. Wir in der Berliner Stadtverwaltung geben uns die größte Mühe, die Unabhängigen zur Verantwortung zu erziehen, und schon dümmert es ihnen, wie unverantwortlich sie gehandelt haben, und sie sind auf dem Wege zur Umkehr. (Zuruf: Na, na!) Die Regierung hat niemals zu spät eingegriffen. In der Ernährungsfrage wird die Kontrolle immer schlechter. Gegen die fürchterliche Demoralisierung wird nicht rücksichtslos genug eingeschritten. Die Berliner Parteigenossen fordern einmütig die Aufhebung des Belagerungsstandes, der die Freiwilligen nur zu Ausbreitungen aufreizt. Wir billigen, daß gegen Gewalt Gewalt gelehrt wird; aber wir wollen nicht gewalttrunken sein. In der Verwaltung herrschen noch die alten bürokratischen Jöpie. Die Verbesserungen gehen noch immer den weiteiten Weg. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Reichsbetrieben muß unumwunden gegeben werden. Die Positionen der Offiziere und Generale sind nachzuprüfen. Orden und Medaille zu verbieten, die Merkmale der alten Zeit zu beiseite, das Titelweien abzuschaffen, die vielen Stationen im Beamtenkörper auszuwischen. Die Verwaltungsreform darf keine nicht auf den Nimmerleinstag verschoben. Der Buchhandlung „Vorwärts“ fehlt jeder Unternehmungsgeist. Wir brauchen eine neue Aktivität, um nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch vor der Zukunft zu bestehen. Wir vertrauen dem gesunden Sinn der Arbeiter; aber auch das Bürgertum muß befreiten, daß wir verloren sind, wenn wir nicht vorwärts zum Sozialismus kommen. Der Parteitag muß die Genossen in der Regierung verpflichten. Ihre beste Kraft an eine gründliche Umgestaltung zu legen. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung.

Die allgemeine politische Aussprache über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.

Dr. David Jahn: Die Einigungsfrage ist keine Führerfrage, sondern die Massen fordern die Einigung. Tausende Parteien jetzt Gewehr bei Fuß und warten ab, was bei diesem Parteitag herauskommt. Danach werden sie sich dann richten. Wir dürfen dieser Lage nicht mit verdorrten Armen gegenüberstehen. Ebenso unannehmbar wie die Annahme der Diktatur der Unabhängigen für uns, ist für die Unabhängigen der von Wels vertretene Standpunkt, daß wir nicht einen Vertrauensmann fallen lassen. Soll denn eher die Partei zerfallen, als daß wir auf einen Vertrauensmann verzichten? Wir haben in den letzten Monaten gerade genug Aheerei an Aemtern erlebt. Das möge allen denen gesagt sein, die es angeht. Wenn es heißt: Noske oder die Partei, dann muß Noske eben gehen. Am Erfurter Programm halten wir fest, aber viele Forderungen sind noch nicht erfüllt, die lange hätten erfüllt werden können. Deshalb sind die Arbeiter so unzufrieden. Wenn Beamte sich früher nicht öffentlich zur Sozialdemokratie bekannten, so verstehe ich das, aber wenn Vertreter der freien Berufe erst am 9. November ihre Liebe zu uns entdeckt haben, dann warne ich solchen Leuten gegenüber zur Vorsicht. Wir müssen das für sorgen, daß nicht die Arbeiterklasse sich von der Sozialdemokratie trennt.

Noske: Man sagt, es würden viele am Umie leben; wir in der Regierung haben vielmehr die Erfahrung machen müssen, daß in geradezu entsetzlichem Umfang nach Aemtern gestrebt wird. Ich habe mich nicht zur Regierung gedrängt, sondern man hat mir zugezerrt, daß ich dieses unerfreuliche Amt übernehmen sollte. Es ist mir nicht fern Vergnügen, seinen anständigen und ehrlichen Namen Tag für Tag durch alle Gassen schallen zu lassen. Der Unwille unter den Arbeitern ist zu verstehen, denn Millionen sind durch den Verlauf und das Ergebnis der Revolution enttäuscht. Die Früchte der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiet reifen nicht in wenigen Monaten. Politik aber ist erreicht, was die deutschen Arbeiter nach vor einem Jahre kaum für die nächsten 20 Jahre erhofft hatten. Unser Unglück ist, daß wir die Regierung in einem Augenblick übernahmen, wo wir die Millionen nicht jammern konnten und wo die Millionen Forderungen stellten, deren Erfüllung ein glattes Ding der Unmöglichkeit war. Dazu gehören auch die an sich mit Recht erhobenen Forderungen der Kriegesbeschädigten aber Deutschland ist bankrott, und der ist ein Dummkopf oder ein jagarischer Mensch, der immer erneut Forderungen stellt, obwohl er weiß, daß sie nicht erfüllt werden können. Vielen unserer Genossen fehlt der Mut, die Dinge beim

Ein Fehltritt.

Eine Baurerzählung aus dem Taunus
von Fr. Rigel-Mainz.

28. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Das Mädchen, welches ihn verheiratet und in den Armen des verheirateten Nebenbuhlers gelegen hatte, welches nach seiner eigenen Bestimmung ganz das Eigentum des Gefährten gewesen war, konnte als Lebensgefährtin für ihn nicht in Frage kommen. Die erste Bedingung, die er an sein künftiges Weib stellen mußte, war die, daß dasselbe einen von keinem Hauch getriebenen tadellosten Ruf genoss. So hatten es sein Vater, sein Großvater und gewiß alle seine Vorfahren seit Jahrhunderten gehalten, und als ein unerhörtes Beginnen wäre es ihm erschienen, wenn er die Würde der Hausfrau, diese von allen Familienmitgliedern stillschweigend geheiligte Würde, in dem ehrenfesten, alt-nassauischen Höfischen Hause einem Mädchen gegeben hätte, die nach Aussage des Franz Schwind ein abgelesenes Butterbrot war. In schmerzhaftem Krampf zog sich sein Herz zusammen, denn klar stand es vor seinem Denken, daß ein Verzicht auf Dorthen auch einen Verzicht auf das ersehnte Lebensglück bedeute. Doch war die Stimmung des jungen Mannes gegenwärtig zu freudig erregt, als daß er jetzt trübseligen Grübeleien nachgegangen hätte, auch traten eben wieder die Beißer des Gerichtshofes in den Saal und der Präsident begann:

„Im Namen des Königs. Urteil in der Strafsache gegen Paul Höfer, Landwirt, 25 Jahre alt, evangelisch, aus Tiefenborn, angeklagt wegen Totschlags. — Der Angeklagte Paul Höfer ist nach den Ergebnissen der Untersuchung am Abend des 20. Oktober 18... in dem „Wirtshaus zur Krone“ in Tiefenborn mit dem gleichfalls dorthin anwesenden Franz Schwind, 25 Jahre alt, Kellner aus Tiefenborn, in Streit geraten, im Verlauf dessen der genannte Franz Schwind durch gewalttames Hinstaubern auf den Boden so verlegt wurde, daß sein Tod sofort eingetreten ist! In Erwägung, daß der Angeklagte Paul Höfer von dem Gegner auf das schwerste in seiner Mannesehre verletzt wurde, in Erwägung ferner, daß derselbe einen auf seinen Tod zielenden Angriff des Franz Schwind abzuwehren genötigt war, und daß ihm zu dieser Abwehr kein anderes Mittel, als das geschilberte, zur Verfügung stand, hat das Gericht ent-

schieden: In Freiheit zu setzen. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse aufgelegt.“

Die Zeugen in der Sache Paul Höfer abtreten!“
Damit griff der alte Herr nach einem anderen, neben ihm auf dem Gerichtstische liegenden Aktenheft, hielt dasselbe, da er etwas kurzschichtig war, dicht vor die Augen und rief:

„Strafsache gegen den Fuhrmann Hermann Eisenhart wegen Meineids! Die Zeugen in der Sache vortreten!“

Die Zeugen in dem Höfischen Prozeß sowohl, wie auch die meisten der Zuschauer drängten dem Ausgange des Saales zu. Paul folgte einem Gerichtsdiener nach der Kanzlei, wo noch einige Formalitäten betrefis seiner Entlassung zu erledigen waren, dann stürzte er in dem wonnigen Gefühle der wiedererlangten Freiheit durch die hallenden Korridore nach dem Ausgang des Gerichtsgebäudes. In der säulengetragenem Eingangshalle erwarteten ihn seine Tiefenborner Landsleute in der Absicht, dem Freigesprochenen Glück zu wünschen; in der Mitte derselben stand der alte Höfer, mit freudig erklärtem Antlitz die freundlichen Worte entgegennehmend, die ihn umschwirren, ohne deren Sinn zu erfassen. Paul eilte auf den Vater zu und wortlos hielt er die beiden hohen Gestalten im stillen Glück der Wiedervereinigung umschlingend, so daß die Umstehenden Mitleid hatten, ihre Krüppel zu verbergen. Dann, als der erste Freudenrausch vorüber war, spähte Paul nach Dorthen, konnte sie aber nicht unter den Tiefenborner Bekannten entdecken. Auf sein Befragen wußte ihm niemand über den Verbleib des Mädchens Auskunft zu geben, nur Philipp Kraus glaubte gesehen zu haben, daß Dorthen sofort nach Verkündigung des freisprechenden Erkenntnisses aufgestanden sei und den Saal verlassen habe.

Philipp Kraus hatte recht gesehen. Dorthen war in der Tat nach den Schlussworten des Präsidenten sofort die Treppe hinabgestiegen zum Eingangstor des Justizgebäudes, wo die God sie erwartete. Nicht um die Welt wäre die alte Frau mit hinauf in den Gerichtssaal gegangen; allen Bitten der Richter legte sie die Worte entgegen: „Ich hab' meiner Lebtage noch nig mit dem Gericht zu tun gehabt — do will ichs auch nit mehr in meine alte Däg.“ So war die alte Frau auf der StraÙe stehen geblieben und wartete g-duld'ig stundenlang, nur mitunter ängstlich nach der Uhr des Gerichtsgebäudes blickend; um sich zu vergewissern, daß noch genügend Zeit bis zur Abfahrt des letzten, nach Rimbürg gehenden Zuges sei.

Das war eine Not gewesen, bis sich die God dazu bewegen ließ, mit Dorthen nach Wiesbaden zu fahren! Zuerst wollte sie, die vor acht Jahren erst einmal in ihrem Leben mit der Eisenbahn gefahren war und dabei das Maßlein hatte, in einen falschen Zug einzusteigen, so daß sie gerade nach der entgegengesetzten Richtung befördert wurde — zuerst also wollte sie partout die Bahn nicht benutzen, bei der nach ihrer Behauptung alle Augenblicke ein

Unglück passiere, wie man dies so oft im Annschütchen lesen könne. Der furchtbare Weg über den Trompeter schien ihr, wenn er auch mühseliger war, entschieden sicherer, und erst als ihr die Schatzkammer dringend vorgeschickt hatte, daß das taum genesene Dorthen unmöglich jetzt im Januar bei dem vielen Schnee, welcher im Gebirge lag, einen so langen anstrengenden March unternehmen könne, hatte sie ihren Widerstand aufgegeben, tausendmal versichernd, daß ihr ganz gewiß wieder ein Unglück auf der Eisenbahn begegne. Als dann der Tag der Schwurgerichtsverhandlung gekommen war, krammelte die God das Dorthen schon in aller Frühe aus den Federn und wanderte mit ihm trotz allen Einspruchs mit ängstlicher Hast über zwei Stunden vor Abzug des Zuges nach der Station, wo beide über eine Stunde in dem trübselig erleuchteten Wartesaal warten mußten.

Nun, sie waren glücklich nach Wiesbaden gekommen; die Bahn war weder entgleist noch mit einem anderen Zuge zusammengefahren, auch war der zu passierende Tunnel nicht eingestürzt, wie die God befürchtet hatte, und nun stand die gute Rite schon über zwei Stunden wartend vor der Türe des Gerichtsgebäudes. Eben wandte sie sich empört nach einem frechen Schutlerbuben um, der ihr im Vorbeigehen höhnisch zugerufen hatte: „Na, lässene Frau, warte Sie uff Jhru Schag?“, und hatte die böse Absicht, dem Bengel nachzujagen und ihm eins hinter die Ohren zu geben, als Dorthen an der Schwelle der Eingangsporte erschien. Sofort stürzte die God auf das Mädchen zu, und, daselbe am Arme packend und mit sich fortziehend, mahnte sie:

„Komm, Dorthen, mach, daß wir den Zug nit verzäume!“
„Aber God, der geht so erst um dreiviertel uff fünf, un ewe is es erst halb eins!“ beschwichtigte Dorthen.

„Gut is gut un besser is besser!“ belehrte die Aite. „Maanft du, ich woll' über Nacht um dehamm fortbleibe? Ich hab' an Mol Gehrgeld gebe uff der Eisenbahn, wo sie mich bald Gott wasch noch gefahre hätte, wenn nit auner komme war und hät sich mei Kart betracht! Sinn wir beizeit do, dann komme wir auch in unsern rechte Zug!“

Und trotz aller Widerrede schliefte die God das Mädchen nach dem Bahnhof, nahm sich dort kaum Zeit, mit Dorthen eine kleine Entschuldigung zu nehmen und hastete sodann auf den Perron. Zufälligerweise stand dort ein früher abgehender Zug zur Abfahrt bereit; Dorthen war es ganz recht, daß sie denselben noch erreicht hatten, blickt ihr doch so eine Begegnung mit den hater fahrenden Landsleuten, besonders mit Paul Höfer, erpart, und, nachdem durch ein erheblicher Widerstand der God überwinden war, die durchaus nicht glauben wollte, daß dieser Zug ebenfalls in die Heimat fuhr und sich diejahrd bei künftigen, über ihr Geharen gemüßig lächelnden Zugbeamten erkundigte, stiegen die beiden ein und dampften wieder den schneebedeckten Bergen zu-

rechten Namen zu nennen. Vielen fehlt auch das Verständnis für das, was nötig ist. Das hat die Rede Dittmers wieder einmal bewiesen. Er fand, daß wir die großen Gehälter kürzen sollten; ein Beispiel: im Zentralrat des Marinewesens wollte ich aktiven, vorgebildeten Beamten mit mehr als zwanzigjähriger Dienstzeit bei einem Jahresgehalt von 7200 Mk. eine Entlassungssumme von 600 Mk. bewilligen. Das sollte ein Versuch sein, die Träger des alten Systems zu stützen. Dieselben Leute, die mich angreifen, sagen aber nichts, wenn im Reichsmarineamt aus eigenem Recht und eigenen Machtvollkommenheiten sich die Beamten 14 500 Mk. bewilligen. Die Vertreter jaiden jetzt ihre Vertreter zur Kontrolle auf die Werft hin, und diese Vertreter erhalten 15 Mk. Tagelohn unter Fortzahlung des Lohnes. Sie erklärten, das sei ein Bettelgeld und sagten, sie seien Vertreter der Massen und könnten ganz andere Ansprüche stellen. Als ich ihnen sagte, daß ein Kapitän zur See im Range eines Obersten mit 12 Mk. Tagelohn auskommen müßte, erklärten sie, das ginge sie gar nichts an, dann sollte ich nur dafür sorgen, daß die Kapitäne besser bezahlt würden. Wem soll ich es nun recht machen? Sollen wir die Ministerialdirektoren schlechter bezahlen als die Portiers? Man beschone uns mit solchen Agitationsphrasen, von denen ich bedauere, daß sie auch auf dem Parteitag Beifall gefunden haben. Reden, wie sie Landrat Grell und Bürgermeister hier gehalten haben, machen auf die offenkundigen Landarbeiter keinen Eindruck. Auch ich bedauere, daß wir von den Waffen haben Gebrauch machen müssen. Aber man vergesse doch nicht, daß die Besatzung und die Besatzung ihre Anhänger bewußt auf die Straße schickten, als wir noch nicht einen Mann zur Verfügung hatten. Und dann der Belagerungsstand! Wenn unsere Genossen sich doch nicht durch jeden Spektakel der Unabhängigen ins Bodschorn jagen lassen würden. Sie sollten mehr Courage zeigen. Seht es aber bei der Abwehr Späne, dann regen sich unsere Genossen in ihrer Schamgutmütigkeit gewaltig auf und unsere Redakteure schlafen 14 Tage nicht. Berlin mit seinen verzweifelten und üblen Elementen ist jetzt eine dauernde Gefahr für die Ordnung, und es ist durchaus zu verstehen, wenn die preussische Regierung Wert darauf legt, dagegen Maßnahmen in der Hand zu behalten. Sind erst die Genossen eingeworfen, dann kommen die Genossen und machen uns Vorwürfe, daß wir nicht besser aufgepaßt haben. Ich wüßte, daß ich ein schweres Amt übernahm, aber ich halte es für meine Pflicht, mich zur Verfügung zu stellen, und ich habe nicht das Gefühl, hier als Angeklagter zur Verteidigung des Wort zu nehmen. Ich bedauere nur, daß die Genossen im Lande mit bei meiner Arbeit immer wieder in den Rücken gefallen sind, nicht aus bösem Willen, wohl aber aus Mangel an Sachkenntnis. Bei den Freiwilligentruppen wird viel zu sehr verallgemeinert. Unvertraulich, sogar böse Dinge sind vorgekommen. In diesen Fällen aber ist mit allem Nachdruck eingegriffen worden und die Truppe ist in den letzten Monaten netter und manierlicher geworden. Ueber aller Kritik dürfen wir nicht vergessen, was wir diesen Freiwilligen zu danken haben: daß Deutschland dem Chaos entgangen ist. Mancher Soldat hat dabei sein Leben lassen müssen. Die Truppen sind in keine einzige Stadt gekommen, ohne nicht von unseren Genossen gerufen zu sein. (Zuruf: Jena!) Durch Jena kamen sie beim Vormarsch auf Leipzig. Das heißt ja noch, daß eine auf Verlangen der sächsischen Regierung und des sächsischen Parlaments von der Reichsregierung angerufene Parteigenosse anderer Meinung ist. Für ein solches Maß von Logik fehlt mir jedes Verständnis. Wir mußten in Berlin unsere Arbeit verrichten, während vor unseren Fenstern die Maschinenengewehre knurrten. Das Berliner Militär erklärte sich neutral. Die Genossen, die jetzt am lautesten schreien, verlangten damals von mir, Courage zu haben. Ich habe damals zugegriffen, obwohl ich wußte, daß ich als Bluthund durch die deutsche Revolutionsgeschichte geschrieben werden würde. Ich habe aus erstem Antriebe diese Blutarbeit verrichtet. In jenen Tagen sind die Freiwilligen Regimenter aus dem Boden gestampft worden. In Berlin rührte sich keine Hand. Deshalb müßte ich nach auswärts gehen. Ich konnte die Leute auch nicht nach ihrem Mitgliedsbuch fragen, sondern müßte froh sein, wenn überhaupt welche kamen. Wenn ich damals nicht zugegriffen hätte, dann wäre die Regierung aufgefliegen, dann hätten wir keine Nationalversammlung gehabt und hätten den Parteitag nicht. Und trotzdem lamentieren die Berliner. Wenn Feuer niedergeschossen wird, dann nimmt man mit Bedauern davon Kenntnis, und nach zwei oder drei Tagen spricht kein Mensch mehr davon. Der Nordhufe läuft noch heute frei herum. Wo ist die Entzückung, wenn in einer Stadt nach der anderen die Gefangnisse gefüllt und Dutzende von Schwerverbrechern auf die Menschheit losgelassen werden? Man bringt darüber eine kleine Kost; unter dem Titel "Über die Vögel und Marlow's Flucht" gerät unsere Parteipresse in heftige Entzückung. Natürlich ist in diesen

9. Die Reinheit aller Sitten sollst du ehren!

Auf die schönen klaren Janartage mit ihrem klingenden Frost war jetzt Lanwetter eingetreten und gab der Landschaft sowohl wie der Dorfstraße ein trübseliges Gepräge. Von den Bäumen, wie auch aus allen Dachrinnen tropfte und rieselte es unaufhörlich; in den Hagengebüschen, die tief in die die Straße behedende gelblich graue Schneedecke eingezückt waren, bildeten sich große Pfützen, aus welchen, als eben die Dorfstraße durch das Dorf fuhr, jähnliche Wasserstrahlen nach den auf den Fußspitzen vorübergehenden Reuten spritzten, so daß diese entsetzt bis dicht an die Häuser zurückwichen; dazu lag ein feuchtschauer Nebel über der Erde, der alles mit einem kalten Wasserstaub überzückte — es war mit einem Worte ein Wetter, daß man keinen Hund vor die Tür jagen möchte. Kein Wunder, daß deshalb die Hauptstraße in Tiefenborn wie ausgeföhren dalag, nachdem die zum Gottesdienst einladenden Glocken ausgeklungen hatten und die Kirchgänger in dem Portal des Gotteshauses verschwunden waren; nur einige Buben mit purpurroten Wassschäcken und flachsblonden Haaren patzierten in dem grünlichen Brei der Gasse herum und suchten auf erigen noch froharten Stellen der Schneefläche sogenannte Schiefen zu ziehen.

Draußen auf dem Klaffenwege, wie das dampfende Bockstüm im Volksmund genannt wurde, lag wie vor Jahr dreizehn Hölzer. Frau Christiane Camprecht in einer der tiefen Wägen der Kohnstube und horrie mit krawigen Wägen durch die angelegenen Scheiben hinaus auf den Hof, auf dessen weiter, vor schmelzendem Schnee und Wasserpfützen überzogener Fläche sich nichts Lebendes regte. Einmal nur schritt ein Knecht mit langen Schritten quer hindurch nach dem Pferdehals und verschwand hinter der Tür desselben; dann patzierte eine Hand, den Kopf gegen die Fensterrahmen über den Kopf geklappen, den Finger in der Hand, nach dem in der Mitte des Hofes beständigen dünnen Rauchschwanz, um Wasser für die Kühe zu holen. Sobald die Schritte verstoben und das Juchelgeräusch der Tür, durch welche sie wieder in das Haus gegangen, verstoben waren, herrschte wieder die einsamliche, nur von dem Schreien der von den Dachrinnen niederrieselnden Wasser unterbrochene Stille — ein Stille, die nicht behaglich und beruhigend wirkte, sondern eher zu Melancholie und Hoffnungslosigkeit anzuregen ließ. Das trübselige Bild sagte so recht zu der Stimmung Frau Camprechts, die jetzt unter tiefem Aufstöhnen wieder nach dem unterirdischen Schlafkammer im Arbeitsort griff. Der Kammer und das Hergelebe, welche die gute Frau Christiane in diesen letzten Monaten erduldet, hatten eine anfallende Veränderung in ihrer äußeren Erscheinung bewirkt. Die noch vor kurzer Zeit so rüstige und behagliche Frau war jetzt dünn und mager geworden; ja! Schrecklich lagen die Haare unter der dunklen Spitzenhaube herab und tief lagen die Augen in den hoch gewölbten Wangen, bei fernem Aufsehen einen trüblichen Ausdruck vergebend, der darauf schloß, wie hoffnungslos es im Innern der Frauen anseh.

Reinhold

Fällen sofort durchgegriffen worden. Man hat mich aber im Stich gelassen. (Hört, hört!) Nach 4 1/2 Jahren Krieg und einer Revolution kann man aus Soldaten nicht sofort ein Gemisch von sozialdemokratischen Parteikämpfern und Engeln machen. Duzende von Offizieren sind entlassen, hunderte von Mannschaften aus den Verbänden herausgerissen worden, weil sie über die Stränge geschlagen haben. Die Truppen sind nicht reaktionär, das kann ich bezeugen, denn ich habe sie genau kennengelernt. Das neue Heer wird demokratisch sein. Aber auch das läßt sich nicht so heute auf morgen machen. Ich habe am Tage vor Pfingsten 75 Unteroffiziere zu Offizieren befördert, aber nicht jeder Offizier aus dem Mannschaftenstande ist brauchbar. Ich habe das hohe Staatsgefühl und Pflichtbewußtsein vieler alter Offiziere kennen und schätzen gelernt. Natürlich sind die Berufsoldaten keine Politiker, und sie stellen die große materielle Frage allzustark in den Vordergrund. Jetzt fordern die Unteroffiziere eine Aufbesserung, die rund 2 1/2 Milliarden kosten würde. Wir müßten das ablehnen, und ich sehe schon heute den neuen Spektakel voraus. Man darf über die Freiwilligen auch nicht alles glauben, was in den Blättern steht. Sie führen kein Schlemmerleben, und sie haben es witzlich nicht nötig, sich von jedem Kokungen Bluthund schimpfen und den Kopf helfen zu lassen. Wenn sich ein temperamentvoller Freiwilliger zur Wehr setzt dagegen, so ist das verständlich. Die Vorarbeiten für die restlose Befestigung der Militärjustiz sind beendet. Die Vorlage geht der Nationalversammlung zu. Wir werden auch künftig, da wir kein stehendes Heer unterhalten dürfen, auf das Wehrsystem angewiesen sein. Uebermäßig viele Soldaten können wir nicht bezahlen. Das einzige, was die Leute reizt, ist das etwas reichlichere Stüd Brot. Geben wir ihnen das nicht, so wird noch mehr gehamstert oder gemaßt werden. Eine politische Tätigkeit in den Kasernen ist unmöglich. Lediglich gerade jetzt die Unabhängigen die Freiwilligen für sich zu gewinnen. Man spricht hier so viel über die Einigkeit, die ja eines Tages kommen muß. Aber zuerst will man die Regierung hängen mit Hilfe der Freiwilligen. Dann wollen sich die Unabhängigen haben Gelpträge zwischen Offizieren in leitender Stellung und führenden Unabhängigen festsetzen, bei denen der Offizieren Klage gemacht werden sollte, daß sie eine patriotische Pflicht erfüllen, wenn sie mit den Unabhängigen gingen. Diese Unterabteilungen haben stattgefunden mit Führern der Garde-Kavallerie-Division, mit Männern aus dem Eidenhof. Der ehemalige Volksbeauftragte Barth hat zu seinen Mitteln kein richtiges Zutrauen mehr, es gelüht im jetzt nach meinen Kanonen. (Unruhe und Heiterkeit.) Am letzten Sonntag hat er drei Stunden darauf verwendet, den Führer der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zu überzeugen, daß er mit seiner Truppe den Unabhängigen dienen sollte, wenn demnächst die Regierung gestürzt wird. Ich bin in politischer Hinsicht nicht allzu sehr von den Unabhängigen überrufen zu lassen. Wir aber wollen weiter die Hände regen, Druckstand und des bedrückte Volk aus dem Elend herauszuführen. Deshalb halten wir aus. (Lebhafter Beifall.)

Stellung-Sache:

Es ist bedauerlich genug, daß wir, gezwungen durch die Verhältnisse, solche Reden anhören müssen. Ich war ein Gegner von Roske, aber was er gesagt hat, ist absolut richtig. Die Regierung konnte keinen anderen Weg gehen, aber sie sollte mit allem Eifer die Unzulänglichkeiten bekämpfen. Gestern hat hier noch das Militär gespielt: Siegreich wollen wir Frankreich schlagen usw. Das trieb einem die Schamröbe ins Gesicht. Die Todesstrafe muß abgeschafft werden. Toller darf unter keinen Umständen hingerichtet werden. Wie konnten sozialdemokratische Minister ein Todesurteil unterschreiben? Wir sind und bleiben entschlossene Gegner der Todesstrafe. Die Wiederverzeihung ist jetzt sehr schwer, aber wir müssen immer wieder die Hand ausstrecken. Die größte Unzufriedenheit rührt daher, daß weiteste Kreise die Revolution nur als Lohnbewegung betrachten, nicht nur Arbeiter, sondern auch die Beamten. Die unabhängigen Führer sind gewissenlos genug, sich durch die unerfüllbaren Forderungen vorwärtszschleppen zu lassen. Das wird erst besser werden, wenn die allgemeinen Lebensverhältnisse sich bessern. Die rascheste Demokratisierung der Verwaltung ist notwendig. Ueber viele Fragen herrscht Streit. Aber eins müssen wir Roske und allen unseren Ministern zuerkennen: den ersten Willen, Deutschland nach besten Kräften zu dienen und auch der Partei. Deshalb habe ich mich gekümmert, als ich den Antrag las, Roske aus der Partei auszuscheiden. So etwas darf in der Partei nicht möglich sein und nicht wieder vorkommen. (Beifall.)

Paßl: Die größte Unzufriedenheit herrscht unter denen, die im November neu beigetreten sind. Manche glaubten, mit 15 Pf. Wochenbeitrag gleich goldene Zeiten und ein Ministeramt beanspruchen zu können. Aber auch ernste Genossen möchten mehr Sozialismus sehen. Wo bleibt das Reichsgesetz über das Sozialversicherungsrecht der Gemeinden? Das Rahmengesetz für die Kommunalisierung sollte endlich herausgebracht werden. Zu dieser Sozialisierung gehört auch die Demokratisierung der Verwaltung. Die Behauptung, daß wir zur Befestigung der Verwaltungsposten nicht genügend tüchtige Parteigenossen hätten, ist eine Kränkung der Partei als solche. Aber lieber ein paar verwaltungstechnische Fehler, als den reaktionären Landratsbeamten. Jetzt führen die unteren Organe nicht aus, was unsere sozialdemokratischen Minister Richtiges tun. Wenn wir keine Vogel-Strauß-Politik treiben wollen, müssen wir zugeben, daß die Unzufriedenheit in den Massen groß ist. Wir haben zuviel versprochen. Wir haben auch nicht genug tüchtige Parteigenossen gezogen. Wir hätten auch länger in bürgerlichen Regierungen einwirken sollen, um das Regieren zu lernen. In den Einzelstaaten läßt sich nicht durchgehend demokratisieren, ehe nicht die Reichsverfassung fertig ist. Aber auch wenn die leitenden Männer abtreten, wäre das nicht für einige ein Schuldbeweis? Wir müssen die Massen überzeugen, daß die Schuld an der fortwährenden Spaltung allein bei den Unabhängigen liegt. Nur so werden sie den richtigen Weg finden. Rüge: Potsdam beantragt folgende Resolution:

Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer. Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratische Arbeiterklasse an der Unzufriedenheit mit dem Freiwilligenkorps nicht unschuldig ist, weil zu wenig Arbeiter in diese Korps eintraten und dadurch die einseitige Zulassung dieser Truppe verurteilbar. Durch Reform der Polizei und Gendarmerie sind die Freiwilligenkorps, von allen laufenden polizeilichen Aufgaben ferngehalten. Sollen Regierung und Verwaltung nicht jedem willkürlichen Einfluß unterliegen, so kann nicht völlig auf militärische Macht verzichtet werden. Die unterchiedslose Herabsetzung und die Postponierung der Freiwilligenkorps, der Sicherheits- und Einwohnerwehr durch manche Arbeiter empfindet der Parteitag als eine Ungeheuerlichkeit. Der Parteitag fordert die völlige Neutralität der Freiwilligenkorps in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdacht gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern. Alle Ausschreitungen von Mitgliedern der Freiwilligenkorps werden von dem Parteitag entschieden verurteilt. Deshalb erwartet der Parteitag einbeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der Militärgewalt. Er erhofft dies vor allem durch die weitgehende Demokratisierung des Offizierskorps und durch das Eintreten von Parteigenossen in die Reihen.

Adolf-Dortmann und Genossen.

Der Redner führt aus: Alle Ausführungen Roskes unter der Berliner Parteigenossen stimmt ihnen zu. Sie ist einzig und nur eine kleine Minderheit läßt sich zur unterschiedslosen Beherrschung mißbrauchen. Wir müßten schon vorher, daß keine Regierung ohne genügende Machtmittel auskommt. Wir können auch den Unabhängigen und Kommunisten nicht das angelegte Recht auf Revolutionen zubilligen. Unsere Revolution entspricht dem Willen der überwältigenden Volksmehrheit. Die Putsche aber sind der Zustand einer gewalttätigen Minderheit gegen die Regierung der ungeheuren Mehrheit. Wir denken nicht daran, durch gedanklose Schimpereien den Will abzulassen, auf dem unsere Volksregierung sitzen muß. Zur Einigungsfrage haben wir heute nur zu prüfen, welches die Voraussetzungen der Einigung sind. Franz, Waldenburg: Wir müssen unsere Politik reflexlos auf unser Programm einstellen. Deshalb darf niemals ein Todesurteil bekräftigt werden. Wir sehen zu wenig sozialdemokratische Taten.

Emmel, Apolda: Die Geheimratswirtschaft ist in der Tat ein Skandal. Viele Geheimräte treiben geradezu Sabotage. Die Einigungsverhandlungen darf nicht der Parteivorstand führen. Es muß dafür eine besondere Kommission eingeleitet werden. Bei der Schaffung eines Groß-Länderkongresses hält sich Preußen anständig an die alten Grenzen, die aus dynastischen Gründen festgelegt worden sind. Der preussische Ministerpräsident hat uns gefragt, welche Gegenleistungen wir für die Abtretung Preußens geben könnten. Wir wollen aber nicht mit Menschen und Ländern handeln, sondern veraltungsgemäße und wirtschaftlich vernünftige Grenzen ziehen. Die Hilfsaktion für die vertriebenen Elb-Lotharinger ist gänzlich ungeeignet. Die Geheimratswirtschaft ist besonders im Ernährungswesen skandalös. Die leitenden Genossen müssen auch Vertrauen zu den Genossen haben, mit denen sie früher gearbeitet haben.

Schölich, Breslau: Das Mißtrauen der Genossen gegen Parteivorstand und neue Regierung ist tief. Was hat man uns auch nicht alles vor der Wahl versprochen. (Zuruf: Was denn?) Die Aufteilung der Gutsbezirke in die Gemeinden ist noch nicht durchgeführt, nicht einmal vorbereitet. Die wichtigen Gemeinde- und Einkommensteuer-Berantlungskommissionen in den Kreisen sind noch nicht ernannt. Unsere Minister haben Angst vor deren neuen Courage. Seine hat uns Neuwahlen dieser Kreiskommissionen versprochen, ist aber dann dem Einfluß der alten reaktionären Geheimräte unterlegen. Erst nachdem ihm die Fraktion den Boden heiß gemacht hat, hat er eine Ergänzung in Aussicht gestellt. Ob und wann sie kommt, ist eine andere Frage. Wenn wir nicht genügend tüchtige Landräte haben, müssen wir die Landräte wenigstens kontrollieren. Die Provinzial-Landtage sind noch nicht aufgelöst. Wenn seine uns seinen neuen Geist bringen kann, muß er abtreten, und wenn die Ministerialdirektoren und Geheimräte den neuen Geist nicht einlassen wollen, soll er sie zum Teufel jagen.

Seine: Genosse Schölich ist mein Freund. Ich habe mein Amt angenommen gegen meinen Willen, weil mich die Fraktion der Landesversammlung entgegen meiner dringenden Bitte dazu bewog. Ich bin ganz der Meinung des Genossen Weis, daß die Demokratie noch nicht genügend vorwärtsgetrieben ist. Wenn das aber ein Vorwurf gegen die preussische Regierung sein soll, so ist er von keiner Sachkenntnis getrieben. Ich habe ein höchst umfangreiches Reformprogramm aufgestellt, das von der Fraktion des Räte-Kongresses und der Landesversammlung gebilligt wurde. Aber dieses Räte-Kongress läßt sich nicht im Sande brechen durchzuführen. Ich sehe erst zwei Monate im Amt und von allen Seiten schreien die Genossen, es geschieht nichts. Auch andere Notgelegenheiten sind schon ziemlich fertig, aber völlige Befreiung kann nur in einem Guß erfolgen. Ich habe kein Verordnungsrecht mehr, ich kann nur Vorlagen machen. Viel muß geändert werden, aber dazu gehören Sorgfalt und Konzentration. Ich habe ein paar ganz unumgängliche reaktionäre Landräte entfernen müssen. Seitdem liefern die Kreise nicht mehr ab. (Zuruf: Roske soll zu ihnen gehen!) Selbstverständlich lasse ich mich dadurch nicht bezirren. Die kapitalistische Provinzpresse nennt mich jaßhüßlichen Landratschächter. Von 470 Landratsstellen sind über 100 unbesetzt. Warum machen die Genossen in den Kreistagen keine Vorschläge? (Zuruf: Wir wissen ja gar nichts davon, daß wir das sollen.) Unterdrückung kann von oben kommen, Freiheit nur von unten. Tausende Genossen haben jetzt das Recht, unmittelbar von den Zentralstellen zu verkehren. Jede Beschwerde wird nachgeprüft. Wenn die Genossen nicht die Mehrheit haben, müssen sie sie erkämpfen. Die Drohung unter den Parteigenossen mit dem Ueberlauf zu den Unabhängigen darf uns nicht schrecken. Leider hat auch die Parteipresse verlagert. Sie ist ausschließlich auf Kritik eingestellt und arbeitet nicht mit. Ich bin der Partei und der Landesversammlung verantwortlich, aber Sie sind der Welt und der Geschichte mitverantwortlich, daß die demokratische und sozialistische Herrschaft nicht zusammenbricht. Die Bureau sind überlastet. Wir müssen die Parteigenossen zur Verantwortlichkeit erzwingen. Ich habe mich nicht zu diesem Amt gedrängt, aber ich arbeite im schärfsten Tempo, das möglich ist, und werde die berechtigten Wünsche der Genossen erfüllen, wenn sie mir Zeit zum Arbeiten lassen. Wenn nicht, suchen Sie sich einen anderen. Ich habe nicht Lust, auf mir herumprügeln zu lassen, ohne daß Sie, die den Prügel schwingen, irgendwelche Sachkenntnis haben.

Die weitere Debatte wird vertagt. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Brüdner Berlin. Es sind 434 parteigenössliche Mitglieder anwesend, davon 370 Delegierte, 46 Mitglieder der Nationalversammlung, 7 Mitglieder des Parteivorstandes, fünf Mitglieder der Kontrollkommission, ein Referent, ein Vertreter des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“. Unter den Parteitaggenossen sind 45 Frauen. Die Mandate werden für gültig erklärt. Die nächste Sitzung beginnt mit den Referaten Scheidemanns und Bernsteins. Dann geht die Debatte weiter. Ein Telegramm der Parteigenossen Oberschlesiens protestiert gegen die Losreißung dieses Gebietes von Deutschland.

Der Prozeß Ledebour.

Die Mittwochssitzung wurde ausgefüllt von der Vernehmung dreier Zeugen, unter deren Aussagen die des ehemaligen „Vorwärts“-Redakteurs Dr. phil. Ernst Meyer die bemerkenswerteste war. Der erste Zeuge, Architekt Hoff, hat Ledebours bekannte Rede vor dem Polizeipräsidenten gehört. Nach seiner Aussage hat Ledebour die Menge aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen. Der Zeuge hat jedoch aus dem „Vorwärts“ zu ziehen. Er begab sich sodann nach der Lindenstraße und war Zeuge, wie der „Vorwärts“ gestürmt wurde. Er hat den Sturmenden Vorhaltungen gemacht und ist von ihnen nach dem Parteibureau der Unabhängigen geschickt worden. Dort war eine Sitzung. Als der Zeuge den Versammelten die Mitteilung von der Erstürmung des „Vorwärts“ machte, wollten sie seinen Angaben keinen Glauben schenken. Der Zeuge hat den Eindruck gehabt, daß das Erstaunen der Sitzungsteilnehmer echt war, und daß sie von der Befehung des „Vorwärts“ weder Kenntnis, noch sie beabsichtigt hatten.

Zeuge Dr. Ernst Meyer läßt sich über die Stellung der kommunistischen Partei bei der Befehung der Zeitungen aus. Die linksstehenden Massen seien über den Verrat, den die übrige Presse an der Revolution verübt habe, so empört gewesen, daß sie spontan zur Befehung der Zeitungsgebäude übergegangen seien. Hätte die Regierung der kommunistischen Partei Gelegenheit zur Herausgabe eines eigenen Blattes gegeben, wie den übrigen Mätern, so wäre die Befehung vermieden worden. Der Zeuge verbreitet Parteileitung und den Unabhängigen, vertreten durch Ledebour, wegen der Vereinnahmung der Kommunisten und Unabhängigen gepflogen worden seien. Er gab auf Befragen des Angeklagten Ledebour zu, daß dieser als Vertreter der unabhängigen Partei für den Zusammenstoß folgende Voraussetzungen aufgestellt habe: Veränderung des Namens der Partei, Abänderung des kommunisti-

ihren Beschluß über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und jede Verwerfung von Völkchismus, Terrorismus und Antiparliamentarismus. Ledebour fragt den Zeugen, ob er nicht auch den Eindruck gehabt habe, daß sie in der Gefahr gewesen seien, das Schicksal Liebknechts zu teilen und ermordet zu werden. Die Staatsanwaltschaft beantwortet die Frage, das Gericht beschließt jedoch, sie zuzulassen. Zeuge Meyer: Es waren eine ganze Reihe von Momenten vorhanden, die uns flüchtig machen mußten. Die Leute, die uns verhafteten, weigerten sich später, ihren Namen anzugeben, und auch der Kommandant Alabunde verleugnete sie zunächst. Als wir von der Kommandantur nach dem Kronprinzenpalais transportiert wurden, gingen unsere Transporteure mit schußfertigem Gewehr etwa 10 Schritte hinter uns, und vorher war uns gesagt worden, daß sofort geschossen würde, wenn wir einen Fluchtversuch machen würden. Dabei bewegte sich der Transport in der Hauptsache durch enge Höfe, in denen jeder Fluchtversuch ein Wahnsinn gewesen wäre.

Der früher bereits vernommene Zeuge Wilbrandt wird von der Verteidigung nochmals aufgerufen. Er will gesehen haben, daß der Zeuge Fischer einmal nach dem Marstall gekommen sei und dort die Matrosen aufzuputtschen versucht habe, weil er „von der Kommandantur weggejagt worden sei.“ Rechtsanwalt Rosenfeld: Fischer war für die Regierung, wenn er von ihr auf einen höheren Posten gestellt worden war. Er war aber in dem Moment gegen die Regierung, als er hinausgeworfen worden war. Das genügt zu seiner Charakteristik.

Parteisekretär Dittmann verbreitet sich über die bekannten Gründe, die die unabhängigen Volksbeauftragten veranlaßten, im Dezember aus der Regierung auszutreten. Die Vernehmung Dittmanns wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Erlaubnis zur weiteren Vernehmung des Herrn Fischer wird in einem Telegramm des Reichswehrministers Koste versagt.

Der 12. Bundeskongress des Arbeiter-Turnerbundes

Am zweiten Verhandlungstag kam der mit großer Spannung erwartete zweite Punkt der Tagesordnung zur Beratung: Die Taktik des Arbeiter-Turnerbundes. Hierzu lagen die bekannten politischen Anträge des Turnvereins „Fichte“-Berlin vor: Mitglied im Arbeiter-Turnerbund darf nur sein, wer sich für die Diktatur des Proletariats und als revolutionärer Arbeiter erklärt, der Bund soll die Trennung von Kirche und Staat verlangen, von allen Bundesmitgliedern wird der Austritt aus der Landeskirche erwartet usw. Der Bundesvorstand beantragt, die „Fichte“-Beschlüsse gegen die S.-D.-Mitglieder für unwirksam zu erklären, ferner soll die unbedingte Neutralität in dem sozialistischen Richtungsstreit durch einen Beschluß festgelegt werden. Der Referent, Bundessturmwart Koppisch, führte aus: Mit der Arbeiterjugendbewegung ist ein Einverständnis leider noch nicht erzielt worden. Hier müsse es Aufgabe der örtlichen Kartelle sein, eine Verständigung zu suchen. Viele Genossen seien der Meinung, daß von einer Gleichberechtigung der Arbeiter-Sportbewegung gegenüber Partei- und Gewerkschaftsorganisationen keine Rede sein könne. Der Eintritt in die staatlichen Jugendpflege-Auslässe sei notwendig, um für die Bereitstellung von Turn- und Spielplätzen umzuwirken. Wir müßten dort unsere Forderungen stellen und dürfen nicht zu hochgehen sein. Eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden, die an der Unterdrückung der Arbeiterturner, an der imperialistischen Kriegsscheße und an der Förderung des byzantinischen Hurrapatriotismus sich hervorragend beteiligt haben, könne es nicht geben. Die „Fichte“-Anträge können nicht

angenommen werden. Wir müssen als Sozialisten als gleichberechtigt anerkannt und dürfen nicht zwei Klassen schaffen. Korreferent Weger tritt für den „Fichte“-Antrag ein. Bundesredakteur Wilsdorf: Die Arbeiterklasse habe durch die Revolution die Macht in die Hand bekommen. Nur durch ihre Uneinigkeit sei sie außerstande, diese Macht zu handhaben. Die große Mehrzahl der Bundesvereine stehe auf dem Standpunkt der S. P. D. Daher sei eine Spaltung des Bundes unausbleiblich, wenn die Anträge von „Fichte“ angenommen würden. Berlin habe dem Bund Knüppel zwischen die Beine geworfen und die Agitation fast unmöglich gemacht.

Wirtschaftliches.

Amerikanische Kohle für Dänemark.

Nach Meldungen aus New York ist die Ausfuhr amerikanischer Kohle nach Dänemark im Gange. Eine Ladung von 8000 Tonnen ist bereits unterwegs. Mehrere andere Dampfer liegen fahrbereit. Die ausgeführte Kohle ist für die dänische Staatsbahn bestimmt. Es ist das erste Mal, daß amerikanische Kohle nach Dänemark ausgeführt wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Prozeß von Stolp. Ein umfangreicher Prozeß, der sich zum größten Teil gegen den der Reaktion verhafteten Arbeitererrat und einige andere Arbeiter richtete, wegen eines „Völkchensittens“, wie sich die bürgerliche Presse ausdrückte, spielte sich vor dem Schwurgerichte in Stolp ab. In Schlawa war das Fleisch knapp geworden und so entstand das Verlangen, der Arbeitererrat solle auf das Land gehen und Fleisch besorgen. Während nun nach Angaben der angeklagten Arbeiterratsmitglieder dieses Verlangen zurückgewiesen wurde, hatten sich die übrigen Angeklagten im Glauben, die Billigung des Arbeiterrates zu finden, zusammengetan und verabredeten sich am 27. Januar, Fleisch zu besorgen. Es wurden nun Waffen besorgt und dem Gute Quadow ein Besuch abgestattet. Bevor sich die Angeklagten zum Besitzer begaben, wurden die Telefonapparate und die Ausgänge des Herrenhauses besetzt. Eine Abordnung begab sich zum Besitzer von Michaels, dem früheren Reichstagsabgeordneten, und forderten ihn zum Herausgabe des Viehes auf. Als sich der Besitzer weigerte, so man ihn mit vorgehaltenem Revolver, mit in die Ställe zu bringen. Hier wurden nun zwei Schweine und ein Bullen ausgehört, geschlachtet und auf einen Wagen, den der Besitzer stellen mußte, nach Schlawa gebracht. Sämtliche Teilnehmer erhielten auf Verlangen Brot und Speck. Darauf wurde dem Gute Ruffow ein Besuch abgestattet und auch dort Schweine und ein Stück Rindfleisch mitgenommen. Das Fleisch wurde in Schlawa bei einigen Fleischern ohne Abgabe von Marken an die ärmere Bevölkerung gegen billiges Geld verkauft. Den Erlös verteilten die Angeklagten zum großen Teile unter sich, geringe Beträge wurden den Geschädigten zugestiftet. Ein Angeklagter benutzte einen alten Fahrstuhl und versuchte, zwei Zentner Fleisch nach Berlin zu bringen. Der Bürgermeister von Schlawa befand, daß zwischen ihm und dem U- und S-Rat stets ein gutes Einverständnis geherrscht hatte. Der Landrat des Kreises Schlawa von Scheffler erklärte, daß er mit seinem Standpunkt, das Fleisch müsse gegen Marken verkauft werden, auf harten Widerstand gestossen sei, so daß der Verkauf schließlich ohne Marken erfolgen mußte. Sonst ist das Zusammenarbeiten mit dem U- und S-Rat ein gutes ge-

wesen, bis auf einen Konflikt betreffs der Gemeindevorsteherwahlen, die mit einer Drohung, ihr Amt zu entgehen, verbunden war. Es waren allerdings Gerüchte verbreitet, daß Fische angezettelt werden sollten. Es wurde ihm eine Sicherheitswache gestellt. Der Arbeitererrat hat sehr viel zur Aufrechterhaltung der Ordnung beigetragen. — Was uns bei den Verhandlungen besonders interessiert, sind Äußerungen des Staatsanwalts Brossed. Dieser äußerte unter anderem: In dem nationalen Freiheitskriege, den wir 30 Jahre lang gefeiert haben, ist die Schandtat begangen und die Verdorbenheit Mißliebiger der unabhängigen Sozialdemokratie. Die Geschworenen folgten aber den reaktionären Ausführungen des Staatsanwalts nicht, der es noch ganz besonders hervorhob, daß die Angeklagten vorbestraft waren, trotzdem doch Amnestie erfolgt ist. Es wurden die Schuldfragen nach Raub, Landfriedensbruch und die Mißbräucherhaft verneint und sämtlichen Angeklagten mildernde Umstände zugestanden. Das Urteil lautete auf Gefängnisstrafe von 1 Jahr bis zu 4 Monaten. Auch der Gerichtsvorsitzende zeigte preußische Manieren. Er forderte einen Angeklagten auf, seinen Jackett zu tragen, während der Gutsbesitzer bereitwillig vor dem Richter stand und die Hände in den Hosentaschen vergrub. Die Tagung stand unter militärischem Schutz.

Aus Nah und Fern.

Schmierseife statt Speisefett. Eine Anzahl Berliner Lebensmittelfischer ist durch ihre eigenen Junfgenossen aus Heidelberg um einen bedeutenden Geldebetrag betrogen worden. Die Berliner Händler hatten einen Waggon Speisefett im Werte von 300000 Mark angekauft und zwei Drittel dieser Summe sofort in barem Gelde bezahlt. Bei der Ankunft des Waggons in Berlin stellte es sich heraus, daß sich in den Fässern nicht Speisefett, sondern Schmierseife befand. Zu gleicher Zeit gelang es der Kriminalpolizei, die Käufer zu verhaften und bei ihnen eine Summe von 64000 Mark in barem Gelde zu beschlagnahmen. Ein in ihrem Besitze befindliches Automobil im Werte von 30000 Mark fiel gleichfalls der Beschlagnahme anheim.

Vier Perle von Polen ermordet. In dem dicht an der polnischen Demarkationslinie gelegenen Dorf Liebe, nordöstlich von Samitsch, wurden vier deutsche Dorfweibinnen, darunter der Lehrer, von mehreren Polen ermordet. Die Leichen wurden entfleischlich verstümmelt aufgefunden.

Den eigenen Vater ermordet. Die Gebrüder Friedrich und Karl Buchmeier, zwei Glasarbeiter aus Rolfshagen im Kreise Rinteln, haben im Einverständnis mit ihrer Mutter nachts ihren schlafenden 65 Jahre alten Vater im Bett überfallen und ermordet. Um einen Raubmord vorzutauschen, kleideten sie die Leiche an und fuhren sie in ein benachbartes Waldgehölz, wo sie sie niederlegten. Sie erzählten dann den Leuten, der Vater sei von Räubern überfallen und um 600 Mark beraubt worden. Die Brüder und ihre Mutter wurden verhaftet und legten ein Geständnis ab.

Selbstmord wegen eines Kopfes Salat. In Wien wurde die Private Agnes Brandner in ihrer Wohnung erhängt aufgefunden. Sie war von einer Händlerin auf dem Rudolfsheimer Markte fälschlich des Diebstahls eines Kopfes Salat beschuldigt worden. Diese Beschuldigung nahm sich die Frau so zu Herzen, daß sie Selbstmord beging.

Abflug eines schwedischen Militärflugzeuges. Aus Stockholm wird gemeldet, daß in Linsjöping ein Militärflugzeug abfuhrte. Die Insassen, drei schwedische Offiziere, fanden dabei ihren Tod.

Fleischausgabe.

In der Woche vom 9. bis 15. Juni 1919 wird infolge mangelpoller Zufuhr von Schlachtkühen

nach Art von Cornedbeef konserviertes Wurstfleisch

in Dosen ausgegeben. Das Fleisch ist auf Fleischmarken auszugeben und kann in beliebiger Menge bezogen werden. Der Preis beträgt für 100 gr Nr. 1.25, für eine Dose Nr. 10.—

Frühwurst ist nur solange der Vorrat reicht, erhältlich. Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zuteilgebende Fleisch ist nur bei dem Schlachtermester W. Rauff, Soltenstraße 3, zu entnehmen.

Lübeck, den 19. Juni 1919.

(3489)

Das Landesverorgungsamt.

Bekanntmachung

Betr. Elektrizitätsversorgung des Lübeckischen Landgebietes.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. Juni d. Js., wonach zur Herstellung von Hausinstallationen nur die von der Betriebsbehörde in Lübeck konzessionierten Installateure zugelassen sind, wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Installationsanlagen, welche von andern als den zugelassenen Firmen ausgeführt werden, demnächst nicht abgenommen und nicht unter Strom gesetzt werden. Sache der Auftraggeber ist es, sich von dem Vorhandensein der Konzession zu überzeugen.

Wegen der Abnahme von Anlagen, mit deren Ausführung nachweislich bereits vor dem 5. Juni begonnen war, ergeht nach Prüfung von Fall zu Fall besondere Entscheidung.

Lübeck, den 11. Juni 1919.

(3479)

Das Stadt- und Landamt.

Bekanntmachung.

Anstelle des Amtsrichters Dr. Sievers, der mit dem Aufhören seiner Tätigkeit beim Arbeitsamt sein Amt als stellv. Vorsitzender des Schlichtungsausschusses niedergelegt hat, ist der Gerichts-Professor Max Puhlschneider zum stellv. Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses gewählt worden.

Anstelle des nach seinem Eintritt in den Senat aus dem Schlichtungsausschuss ausgeschiedenen Senators Hoff ist der Parteisekretär Bromme zum stellv. ständigen Vertreter der Arbeitnehmer beim Schlichtungsausschuss ernannt worden.

(3450)

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses.

Bekanntmachung der Kriegshilfe, Adbl. Kleingartenbau. Kohlpflanzen, frühe und späte Tomaten

Können gegen Vorlegung der erhaltenen Nummerkarte werktäglich von 8-12 Uhr vormittags und 2-5 Uhr nachmittags in der Stadtgärtnerei, Mühlen-damm 7, weiter verabfolgt werden

Domlnikus Beuthel
Margarete Beuthel
geb. Wendt
Vermählte. (3465)

Für erwiesene Aufmerksamkeiten, insbesondere den Damen des Chorvereins, danken herzlichst, D. O.

Infolge Unglücksfalles wurde uns unser innigstgeliebter, herzenguter Sohn und Bruder

Carl

im 28. Lebensjahre durch den Tod entrissen.

In tiefer Trauer

H. Salomon u. Frau
gh. Strunck u. Geschwistern.
Familie Klockmann
u. Tochter Amalie.
Beileidsbesuche dankend
verboten.

Der Mitbegründer und langjährige Vorsitzende und Ehrenvorsitzende unserer Innung:

Herr Buchdruckereibesitzer Max Schmidt

ist nach einem an Arbeit und Erfolgen reichen Leben im fast vollendeten 70. Lebensjahre nach längerem mit grosser Geduld getragenen Leiden sanft entschlafen.

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen Kollegen, der wegen seines lebenswürdigen Charakters sich in unseren Fachkreisen nicht nur in Lübeck, sondern auch ausserhalb grossen Ansehens erfreute. Auch für die Allgemeininteressen des Gewerbes wie für das Wohlergehen seiner Kollegen hatte er stets ein warmes Herz. Die Anerkennung hierfür fand er in der Berufung zu verschiedenen Ehrenämtern. Den Verlust dieses vortrefflichen Mannes und Kollegen betrauern wir auf das innigste und werden sein Andenken dauernd in Ehren halten.

Lübeck, den 12. Juni 1919.

Der Vorstand der Innung
der Buchdruckereibesitzer in Lübeck.

Adolf Rey, Vorsitzender,
W. Rahtgens, 2. Vorsitzender,
Otto Lychenhelm, Schriftführer. (3498)

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute sanft unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater und Urgrossvater

Ludwig Schwarz

im 77. Lebensjahre, aufs tiefste betrauert von den Hinterbliebenen.

Lübeck, Engelsgrube 23, 10. Juni 1919.
Die Trauerfeier findet am Sonnabend, d. 14. Juni, vorm. 9 Uhr 30 Minuten, in der Kapelle des Burgfriedhofes statt. (3492)

Gef. e. jg. Mädchen, welches selbst kochen und Hausarb. versteht, bei Familienanschluß und Gehalt. Zu erfragen in der Exped. b. Bl. (3472)

Tagesmädchen, f. leichte häusl. Arbeiten u. bei Kind. z. 1. Juli gef. Frau E. Blöcker, Priebstraße 11, II. (3470)

Gesucht sofort tüchtige Schuhmacher. Stundenlohn 2 Mt. Dauernde Beschäftigung. (3497)
Hans Raabe, Vrohmstr. 18, pr.

Gesucht junge Arbeiterin zum Flaschenputzen. (3462)
Schüsselbuden 8.

Schuhmacher gesucht. Lohn 2.00 Mt. (3486)
Karl Obst, Brint 11 b.

Gesucht zum 1. Juli für eine Gastwirtschaft in d. Nähe Lübeck eine saubere, zuverlässige Haushälterin. Ältere Frau oder Kriegserwitwe mit 1 Kind bevorz. Nähere Ang. u. S 9 a. d. Gr. (3488)

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, von dem am 12. Juni d. Js. erfolgten Ableben unseres langjährigen Vorsitzenden und Mitbegründers unseres Vereins

Herrn Max Schmidt

Kenntnis zu geben.

Mit grosser Liebe für unseren Beruf und unsere kollegialen Bestrebungen hat er uns immer seine reichen Erfahrungen und sein grosses Wissen in allen Berufsfragen zur Verfügung gestellt. Seit Gründung des Vereins am 2. April 1905 hat er in hingebendster und mustergültiger Weise unsere Vereinsgeschäfte geführt, wodurch er sich das Vertrauen und die Wertschätzung aller Kollegen erworben hat. Das Andenken des Heimgegangenen werden wir stets in Ehren halten. Unser wärmster Dank ist ihm für alle Zeiten gewiss. (3499)

Lübeck, den 12. Juni 1919.

Der Vorstand des Bezirks II für
Lübeck, beide Mecklenburg, Kreis
Herzogtum Lauenburg u. Fürstentum
Lübeck des Kreises X des
Deutschen Buchdrucker-Vereins.

Adolf Rey.

Ein gutg. Lebensmittel- oder Zigarren-Geschäft z. pachten o. kaufen gesucht. Angebote unter M 9 an die Exp. d. Bl. (3460)

Zu verkaufen ein Kinderwagen. Nach 6 Jhr. (3475)
Wakenismauer 108, I.

Zu verk. 1 Spiegel 50x120, 1 Sofa 70x110, etw. defekt, 1 Waschtisch, 1 Handnähmaschine (Singer). Schwart. III, 170, L. 509

Zu verkaufen ein Paar Damentiefel, Größe 39, gegen Herrenstiefel 36. (3461)
Kronsforder Allee 97 a.

Zu kaufen gesucht ein gebrauchter Schloßford mittlerer Größe. Geberdesstr. 42, II.

Tischer f. Aufarbeiten antiker Möbel, Hausarbeit, gesucht. Ang. unter T A M an die Exp. d. Bl. erbeten. (3474)

In e. Privathaus, f. jg. Mann gut u. reichl. Abend-u. Mittagessen. eth. Ang. u. B 4 a. d. Exp. (3508)

Mehrere Gläser mit Marken abzugeben. P. Holdt, Reniefeld, Lindenstr. 2 a.

Ein guterhaltenes Damen-Fahrrad mit Gummi z. kaufen gesucht. Ang. u. B 11 a. d. Exp. 3469

Dachpappe, Steinkohlenteer Holzteer, Carbolinum empfiehlt Wilhelm Hohenschild, Markt-Drögerie, Marktstr. 42 c.

Neu eingetroffen sind:

Reuters Werke mit viel Illustration. 11 Mt.

Schillers Werke mit viel Illustration. 11 Mt.

Goethes Werke mit viel Illustration. 11 Mt.

Haufts Werke mit viel Illustration. 11 Mt.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannsstraße 46.

Visitenkarten fertigt an Friedr. Meyer, Johannisstr. 46

„Wie machen Sie das?“

fragte mich neulich jemand, der durch den pikainen Hochglanz meiner Stiefel überrascht war — „Ganz einfach“ war meine Antwort, „ich verwende Schuhkrem Pilo und sonst nichts“.

„Sonst nichts?“ — „Sonst nichts!“

(3488)

Verlangen Sie bitte nur Schuhkrem Pilo!

Wohnungsstelle Ballenland

Zweiglied. Lübeck, Braunstraße 15,

nimmt auch fernwärts noch Freiwillige an zu den bekannten Bedingungen. Besonders wird nochmals hingewiesen auf die so überaus günstige

Siedlungsmöglichkeit im fruchtbaren Ballenlande

nach Abschluss der Kämpfe. Wer sich einen schönen Hof erwerben und sich eine sichere Existenz anbahnen will, wende sich an die Anwerbungsstelle Ballenland, Diebstahl. Briefkästen: „Die eigene Schule in der Ballenmark“ (Preis 75 Pfg.) und „Kurland“ (Preis 1.00 Mk.) haben zur Verfügung. 3494

Werbezentrale Lübeck.

Ein neues Wintermärchen.

Heines Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte.

Vor der Revolution konfiziert gewesen!

Preis 25 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Hilgers Handbuch

der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf und Bilder der Mitglieder d. Nationalversammlg.

2.50 Mk.

Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.

Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchh. Friedr. Meyer & Co.

Kartenbriefe

sind vorrätig.

Buchdruckerei Fr. Meyer & Co. Buchhandlung.



Jeden Montag

Lustige Blätter

Einzelnummer 50 Pf.
Vierteljährlich 6-Mark
Probenummer 50 Pf.

Verlag der „Lustigen Blätter“ in Berlin-SW. 68.

Zigarren

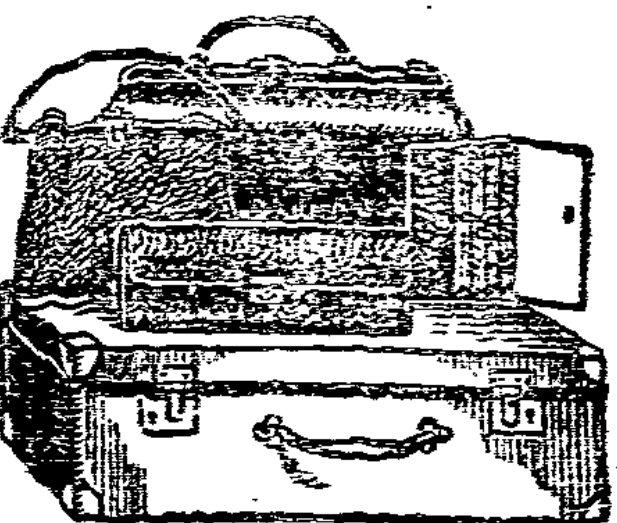
garantirt rein überreifes Tabak (3478)

große Auswahl

Zigaretten in verschiedenen Preislagen

keine Mischware.

Ernst Palow, Zigarren-Spezialgeschäft,
Warendorferstraße 19a.



Die feinsten
Lederwaren
und
Reiseartikel
kauft man am
billigsten in der
Lederwaren-
Fabrik

J. Stümpel, Lübeck
Breite Straße 54.
Telephon 1207.

Ab 1. Juli Breite Straße 28, Hans Dreifalt. (3483)

Warnung.

Das Fischen, Befahren und Betreten des Siemser Moors ist hiermit verboten. Jeder, der angetroffen, wird angezeigt. 2477 Die Fächter.

Garten

-Möbel

in den **7** Fenstern

des Schranzes

Karstadt

Rudolph

Kom.-Ges.

**Zu
unserem
großzügigen
Verkauf**

in der

Lederwaren

Abteilung

bemerken wir, daß die Gegenstände in Anbetracht der stauend billigen Preise selbstverständlich nicht aus reinem Leder sondern aus sogen. „Lersa“, einem guten Lederersatz, hergestellt sind.

Rudolph

Karstadt

Kom.-Ges.

Extra starke Hand-Blockwagen

3-8 Zentner Tragkraft.
Karl Schulmerich
3484) Mühlenstr. 28.

**Für Herbergen
Fremden - Meldezettel**

in Block.

Friedr. Meyer & Co.

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

**Haltbare
Hosenträger**

weiche Kragen
zum Selbstwaschen
Krawatten
Papier-Wäsche
Aug. Janensch

3482 Sandstraße 6.

Brauereien
Brauerei zur Walkmühle

Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck.

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestr. 60
Herrenwäsche,
Krawatten, Unterzeuge,
Hüte, Schuhe etc.

Lederhandlungen
Carl Rohde
Handstr. 54
Schlesische, Bedarfsartikel
Fell-Gerberet

Praktischer Wegweiser
Erscheint wöchentlich einmal = empfehlensw. Geschäfte = Zurecht. Beachtung = empfohlen =

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868
Nordische Verkehrs-Zentrale

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Lindenstr. 60a Tel. Nr. 474

Die Biere der
Schlösserbrauerei Kiel
werden überall bevorzugt.

Trinkt
**Lübecker
Vereins-
Bräu**

Kenner bevorzugen
**das gute Lübecker
Bürgerbräu**

Aktienbrauerei Lübeck

Zigarrenhandlungen
Adolf Rörich
Holstenstraße 2.
Ecke Schüsselbud.

Weine
Wilhelm Rahföh
Untertrave 113 Telephon 687
vorteilhafte Bezugsquelle von
diversen Weinen u. Spirituosen

Ratzeburg
**Ratzeburger
Aktien-
Brauerei**